

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.90 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— M., für 1 Mona. 2.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postfachkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18698.

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Petitzeile 50 Pfg. und 40° Teuerungszuschlag — 70 Pfg. Text bei Plagovordr. 55 Pfg. und 40% Teuerungszuschlag — 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Todesstrafe bleibt!

Die Nationalversammlung lehnt ihre Beseitigung ab!

Die Landarbeiterbewegung.

Generalstreiks gegen Belagerungszustand und Streikverbot.

Berlin, 16. Juli. Die Vertrauensmänner der städtischen Gewerkschaften haben, wie verschiedene Blätter berichten, gestern abend beschlossen, heute früh in einen Generalstreik einzutreten, um den kommandierenden General zu zwingen, den Belagerungszustand aufzuheben und auch das Streikverbot gegen die Landarbeiter zu beseitigen. In einer Resolution der Magistratshilfsarbeiter wurde von diesem Beschluß Mitteilung gemacht und die Versammlung aufgefordert, dem Beschluß geschlossen nachzukommen.

Berlin, 16. Juli. Die Volkszeitung meldet aus Stettin: Die Verkündung des Belagerungszustandes über fast ganz Pommern verursachte unter den Sozialdemokraten eine ziemliche Erregung. Im Ansturm kam es gestern nachmittags zum Generalstreik. Zuerst traten die Arbeiter des Landvolkes in den Aufstand. Sie begaben sich in geschlossenem Zuge nach den anderen Teilen und zwangen die Arbeiter zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Durch den Streik sind fast alle Betriebe stillgelegt. Der Ansturm Anzeiger konnte nicht erscheinen, das Wasserwerk arbeitet vorläufig noch. Die Gewerkschaften sind gegen den Streik. In Berlin sind die Metallarbeiter ausständig. Der Betrieb der Straßenbahn ruht dort.

Berlin, 16. Juli. (W. Z. B.) Wie aus Greifswald berichtet wird, brach auf etwa 20 bis 30 Kilometern im Kreise Greifswald der Streik aus. Mehrfach kam es vor, daß von Streikern Terror ausgeht wurde. Die Arbeiter wurden bedroht, ein Guisbesitzer von Pferde geworfen und mißhandelt. In Stralsund ruht im Zusammenhang mit dem Ausstand seit gestern jede Arbeit. Wie der Volkszeitung Mitteilung wird, fordert die Arbeiterpartei in Stralsund die Ablehnung des Reglementspräsidenten, die Suspendierung aller schuldigen Landräte, die zur Rechenschaft gezogen werden sollen, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Zurückziehung aller fremden Militärs. Die Ursachen zur Verkündung des Belagerungszustandes waren, wie es in der Volkszeitung heißt, abertriebene Meldungen des Landrats von Franzburg.

Was übrigens die Bewegung unter den Landarbeitern veranlaßt hat und wie sinnlos das Geseß von Hebern ist, die am Werk seien, um die Arbeiter in der Erntezelt zu einem Generalstreik zu veranlassen, wird durch nichts besser illustriert als durch folgende von der rechtssozialistischen (also unverdächtig!) Fraktion in der Preussischen Landesversammlung eingebrachte Anfrage:

„Nach Nachrichten aus dem Lande, besonders Pommern, Schlesien und Brandenburg, werden seitens der Landwirte Maßnahmen getroffen, die organisierten land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern, Arbeiter und Anwesende, zu entlassen, weil diese von dem gewaltlich vertriebenen Vereinigungsrecht Gebrauch machen.“

Die Arbeiter werden ehrenrührig verpflichtet, organisierte Arbeitnehmern, besonders solchen, die Vertrauensmänner in den Gewerkschaften ausüben, zu mahnen.

Wenn Arbeitnehmern verweigert, die abgeschlossenen Tarifverträge durchzuführen, wird diesen mit Entlassung gedroht. Bei an sich gerechtfertigten Streikigkeiten wird seitens der Landwirte Willkür herbeigeführt.

Landwirte oder deren Beauftragte, wie auch Gendarmen und Gendarmerien greifen bewaffnet in Lohnverhandlungen ein. Durch diese Maßnahmen wird das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verflücht und heftigen Streiks auszubrechen, die durch das Verhalten der Landwirte direkt hervorgerufen werden.

Was bedeutet die Staatsregierung gegen dieses Vorgehen eines immerhin erheblichen Teils der Landwirte, das planmäßig von den sogenannten Landbänden gefördert wird, zu tun, und wie gedenkt sie die arbeitsunfähigen Landarbeiter gegen diesen Terrorismus gewisser Kreise der Landwirte zu schützen?

Hier beschuldigen die Rechtssozialisten also sich selber, wozu die von ihrem gepriesenen Koste durchgeführte Bewaffnung der Grundbesitzer und die Entwaffnung der Arbeiter geführt hat, nämlich dazu, den Landarbeiter mit Hilfe der Waffen auch weiter zum Sklaven des Grundherrn zu machen. Das ist die alte Art und Weise der Grundherren, ihre Arbeiter bis aufs Blut zu drangsalieren und zu skandalisieren, und wenn diesen dann einmal die Galle überläuft, gleich über „Gewalt“ zu schreiben.

Von neuem zeigt uns all dies die schwere Unterdrückungsbedingung, die die Revolution benannt hat, als sie die feudalen Grundherren unangestastet in ihrem Besitze ließ.

Vorerst muß von der Regierung mit allem Nachdruck gefordert werden, daß sie den kommandierenden General zu Stettin, der sich zum bestmöglichen Werkzeug des Verlangens der Junker macht, das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu vernichten und ihnen das Mittel zu geben, jede unter dem Druck der Revolution zugestandene Verbesserung des Arbeitsverhältnisses wieder zurückzunehmen, schleunigst absetzt! Wird sie wenigstens das tun?

Landarbeiterstreik in Ostpreußen.

Berlin, 16. Juli. Die V. Z. am Mittag meldet aus Königsberg: Von unverantwortlicher Seite hat sich ein Teil der Landarbeiter des Kreises Mohringen in wilde Streiks treiben lassen. Der Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter fordert die Landarbeiter auf, die Arbeit aber anzunehmen, da in den nächsten Tagen Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrags stattfinden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie zum Schutz der Arbeitswilligen sind Regierungstruppen in den Kreis geschickt worden.

Schattmacher.

Wilmars, 16. Juli. Abg. Dr. Wietmann (Deutsche Sp.) brachte in der Nationalversammlung eine Anfrage ein, welche Maßnahmen die Regierung getroffen habe, um den drohenden Generalstreik zu verhindern (nicht etwa beizulegen! Red. d. B.) und die Einbringung der Ernte und damit die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen.

Der Proteststreik in Hamburg.

Hamburg, 15. Juli. Der heutige Proteststreik der unabhängigen Sozialdemokraten wegen der Verhaftung des zweiten Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbands und die Forderung für die am 24. und 25. Juni festgesetzten beschränkten im allgemeinen auf die Werkbetriebe. Der Verkehr im Osttunnel und auf den Bahnen ist unbehindert. Auf der Werft Blohm u. Bock arbeiten zwei Drittel der Leute. Auf den Schiffen greifen Arbeiter die Arbeit größtenteils.

Der Streik ist u. a. auch mit dem außerordentlich herausfordernden Auftreten der Reichstruppen, mit der Einführung der Prägelsstrafe in den Gefängnissen und der Verhaftung von Bürgerkriegsmitgliedern begründet worden.

Sausuchungen.

Hamburg, 15. Juli. Vom Korps Rettow-Worbeck wird mitgeteilt: In den Morgenstunden wurde das Sekretariat der R. P. D. in der Rosenstraße durch Truppen untersucht, da bekannt war, daß sich in demselben heherische Flugblätter (!) befanden. Die Untersuchung bestätigte diese Nachricht. Nach Auslieferung des Beschlusses wurden die Truppen zurückgezogen.

Der Strafantrag gegen Toller.

München, 16. Juli. Der Staatsanwalt Hahn beantragte gegen Toller unter Zuhilfenahme mildernder Umstände eine Haftstrafe von sieben Jahren. (Z. U.)

Die französischen Sozialisten gegen den Versailler Frieden.

Versailles, 14. Juli, 7 Uhr abends. In der heutigen Vormittagsitzung des Nationalrats der sozialistischen Partei wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Verbündet wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Verbündet wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt. Verbündet wurde die Beratung über den Friedensvertrag fortgesetzt.

Populaire berichtet, daß heute vormittag anlässlich des Nationalfestes die Kriegsbeschädigten von der Föderation alter Kämpfer sich nach dem Kirchhof Père Lachaise begeben wollten um Kränze an den Gräbern der Gefallenen niederzulegen. Die Polizei habe den Zug angegriffen, ebenso an einer anderen Stelle einen Zug von etwa 250 Kriegsbeschädigten. An beiden Stellen habe es Verwundete gegeben.

Paris, 15. Juli. Davos. Der Nationalauschuß der Sozialisten hat beschlossen, mit 1420 gegen 54 Stimmen bei 501 Zimmereinstimmungen die Ratifikation des Friedensvertrags abzulehnen.

Schein und Wirklichkeit.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Eine Fülle von Verordnungen und Befehlen ist in den jüngst vergangenen Tagen über das deutsche Volk niedergegangen. Da wird es streng verboten, die Regierungstruppen zu beleidigen oder zu boykottieren; ebenso soll schwer beuhen, wer den Mitgliebern der Einwohnerwehren zu nahe tritt. Den streikenden Arbeitern wird streng befohlen, zur Arbeit zurückzukehren, und den arbeitenden Proletariern wird nicht weniger streng untersagt, ihre Tätigkeit einzustellen. Hohe Gefängnisstrafen bedrohen jeden, der gegen diese Gebote und Verbote irgendwie verstößt. Dagegen wird all den braven Staatsbürgern, die in Ruhe und Besonnenheit ihr Tagewerk vollbringen, oder ohne Störung Wucherverdienst oder Kapitalgins verzehren, die gegen Versorgung und hohen Lohn Dienst bei den Regierungstruppen genommen haben oder als Streikbrecher sich betätigen wollen, kurzum, allen nützlichen Elementen Belohnung und Versorgung in Aussicht gestellt. Alle diese Verordnungen und Befehle sind unterzeichnet von Herrn Koste, dem Reichswehrminister. Angeschlossen im Namen des Belagerungszustandes, von Geseß und Recht ist keine Rede mehr. Das Koste'sche Prinzip, daß nur der Erfolg entscheide und Gewalt vor Recht gehe, ist ausschlaggebend geworden.

Und doch gelingt es nicht, die steigende Erbitterung der Volksmassen einzudämmen, die Arbeiter wieder zu willigen Ausbeutungsobjekten des Kapitals zu machen. Immer wieder kommt es zu Streiks. Die Regierung macht alle Anstrengungen, um diesen Streikbewegungen einen politischen Anstrich zu geben und sie insbesondere auf Hebereien der Kommunisten und der unabhängigen Sozialdemokraten zurückzuführen. Es ist geradezu haarsträubend, wie in der letzten Zeit mit schamlosen Spitzelberichten der Glaube zu erwecken versucht wird, daß hinter diesen Streiks und auch hinter den in verschiedenen Orten ausgebrochenen Lebensmittellunruhen ein wohlüberdachter Plan stände, den Sturz der „rechtmäßigen“ Regierung herbeizuführen. Wir brauchen nicht des näheren auszuführen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie mit diesen aus der wirtschaftlichen Not geborenen Ausbrüchen der Verzweiflung nur insofern etwas zu tun hat, als sie die Gründe dafür zu begreifen und eine Politik zu fördern sucht, die endlich eine Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen herbeiführt. Und wir glauben, daß auch die Kommunisten nicht daran denken, diese unorganisierten Bewegungen und Tumulte für ihre politischen Zwecke auszubenten. Die Regierung oder deutlicher: der neue Militarismus, in dessen Namen Koste spricht, und der in Wirklichkeit die Regierung führt, will mit diesen Geschichten die Öffentlichkeit gegen die Arbeiterschaft einnehmen. Weil die Regierung unfähig ist, eine gründliche Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen das Proletariat leidet, herbeizuführen, sucht sie es durch militärische Maßnahmen niederzuhalten.

Wer von außen die politischen Verhältnisse Deutschlands betrachtet, der könnte leicht zu dem Glauben kommen, daß der neue Militarismus gestiegt habe und die proletarische Revolution endgültig niedergeworfen sei. Wenn man unter Revolution nur den Kampf mit Maschinengewehren und Handgranaten, die Errichtung von Barrikaden, die gegenseitige Niedermegung im Bürgerkrieg versteht, so kann man freilich leicht zu solchem Trugschluß kommen. Aber die revolutionären Triebkräfte des Proletariats sind doch von anderer und viel gewaltigerer Art. Nicht die militärischen Kampfmittel sind ausschlaggebend für die Stellung der Klassen im politischen Leben, sondern ihre Bedeutung im Produktionsprozeß und der Grad ihrer daraus abgeleiteten politischen Erkenntnis. Untersucht man aber den Stand der Dinge nach diesem Maßstab, so wird man zu einem ganz anderen Ergebnis kommen. Im ganzen Lande wächst die Bewegung der unabhängigen Sozialdemokratie; es geht nicht mehr schrittweise vorwärts, sondern in einem wahren Eilstempo. Wo wir auch hinschauen, überall wenden sich die arbeitenden Massen von der verräterischen Politik der Rechtssozialisten ab und sammeln sich unter dem Banner der unabhängigen Sozialdemokratie, das zugleich das Banner des wahren Sozialismus ist. Besonders kennzeichnend für den Stand, den Umfang und die Tiefe der Bewegung sind die Verhältnisse in Berlin.

Die Reichshauptstadt hat in der Kriegszeit und während der Revolution keine besonders rühmliche Rolle gespielt. Von den großen Bewegungen kam sie entweder zu spät oder ihre Aktionen verzettelten sich, so daß an einen Erfolg nicht zu denken war. Schon früher ist die Stärke der Arbeiterbewegung in Berlin sehr überhöht worden. Man sah außerhalb Berlins nur die großen Zahlen in den Organisationen, und man übersah, daß der Geist, von dem die Massen erfüllt sein sollten, also das sozialistische Bewußtsein nicht in die Tiefe ging. Das zeigte sich deutlich, als den Berliner Arbeitern im November 1918 vom Parteivorstand der Vorwärts geraubt wurde. Es setzte zwar eine Protestbewegung ein, das Volk konnte sich aber bald rühmen, die stärkere Absonnerungsaktion nicht nur wieder erreicht, sondern weit überschritten zu haben. Durch den Vorwärts wurde es den Rechtssozialisten möglich, in Berlin wesentlich an Boden zu gewinnen. Bei den Nachwahlen zum Reichstag für die Genossen Liebknecht und Stahlgaben, bei den ersten Wahlen zum Arbeitererrat, bei den Wahlen zur Nationalversammlung ergab sich die Tatsache, daß die Rechtssozialisten in Berlin die erste Stelle erbeutet hatten.

Das war ein Zeichen für die Anwesenheit größerer Teile der Massen für den geringen Grad des Verständnisses, mit dem die Mehrheit der Berliner Arbeiter noch Ende des vorigen Jahres den politischen Vorgängen gegenüberstand. Ein anderes Zeichen war die harte Zersplitterung der Berliner Arbeiterschaft nach der linken Seite. Die letzten Monate des Krieges hatten Sehntau, de von Defektoren nach Berlin geführt; in den ersten Monaten der Revolution kam dazu ein gewaltiges Heer von Arbeitslosen. Sie bildeten einen günstigen Nährboden für die hemmungslose Agitation der Kommunisten. Unter ihnen waren viele, die vor dem Kriege keine politische Schulung gehabt hatten, denen daher jede politische Erfahrung, jede Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse und die politischen Möglichkeiten abging. Daher konnte in den ersten Monaten der Revolution der Eindruck entstehen, als ob auf der linken Seite der Arbeiterbewegung die Kommunisten das Feld beherrschten. Dem ist es wohl zuzuschreiben, daß selbst in den Kreisen der unabhängigen Sozialdemokratie sich die Anschauung bilden konnte, daß man der Gefahr einer Abwanderung der Arbeitermassen in das kommunistische Lager nur dadurch begegnen könnte, indem man einfach die kommunistische Taktik nachahme. Es entstand die Gruppe der revolutionären Oberteile, und einen Augenblick drohte die Gefahr einer neuen Spaltung.

Diese Vorgänge und diese Entwicklungsstufen gehören jetzt der Vergangenheit an. Heute beherrscht in Berlin die unabhängige Sozialdemokratie unbestritten das Feld. Die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft steht hinter ihr. Wie gewaltig die Aufwärtsbewegung in Berlin gewesen ist, das geht aus einigen Zahlen hervor. Die Parteiorganisation der U. S. D. für Groß-Berlin zählte bei Beginn der Revolution etwa 18-20 000 Mitglieder. Ihre Zahl war Mitte Juni auf 90 000 gestiegen. Dabei muß man berücksichtigen, daß der Organisationsapparat neu aufgebaut werden mußte, daß die Zehntausende von neuen Mitgliedern fast ohne jede besondere Agitation zur Partei gekommen sind. Noch deutlicher aber zeigt sich der Stand der Bewegung in der Zahl der Leser, die die Freiheit gewonnen hat. Zu Beginn der Revolution wurde sie mit 40 000 Lesern ins Leben gerufen. Heute ist ihre Abonnentenanzahl auf weit über 200 000 gestiegen, sie hat den Leserkreis des Vorwärts weit überschritten; die Freiheit ist zum größten sozialistischen Blatte der Welt geworden. Ebenso zeigen alle Kundgebungen der unabhängigen Sozialdemokratie aus der jüngsten Zeit, daß sie die beherrschende Stellung im politischen Leben Berlins einnimmt. Die Industriearbeiter, bei denen man infolge ihrer Tätigkeit Klassenbewußtsein und sozialistische Erkenntnis zu allererst voraussehen kann, stehen geschlossen zu unserer Partei. Groß ist der Zuzug aber auch aus den Kreisen der Kopfarbeiter, der kaufmännischen und industriellen Angestellten. In wachsender Zahl kommen die Intellektuellen zu uns. Bei den Rechtssozialisten bleiben dagegen naturgemäß diejenigen Schichten der proletarischen Bevölkerung, die entweder in Erkenntnis ihrer Klassenlage noch nicht weit genug vorgeschritten sind oder von dieser Partei als der eigentlichen Regierungspartei besondere Vorteile erhoffen.

Noste-Erlasse, Befehle und Strafandrohungen erwecken den Schein, als ob die Regierung stärker in der Macht stünde als je zuvor. Wo aber die wirkliche Macht sich befindet, wenn die nächste Zukunft gehört, das zeigt die von uns geschaffene Entwicklung der unabhängigen Sozialdemokratie, die sich im ganzen Reich ebenso wie in Berlin vollzieht.

Ein reaktionärer Aufstakt.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 15. Juli.

Der Aufstakt zur Beratung der Grundrechte läßt für die Weiterberatung vieles erwarten. Die Verfassungsberatung ist an dem Punkte, wo sich der wahre Charakter der Mehrheit der Nationalversammlung deutlicher noch zeigen muß als bei der Beratung der konstruktiven Bestimmungen der Verfassung. Jetzt muß sich zeigen, ob die deutsche Republik eine wirkliche bürgerliche Demokratie sein soll, in der wenigstens die formale politische Gleichberechtigung gewährleistet wird, oder ob sie nichts sein will als eine Scheindemokratie, in der durch die Verfassung einer bürgerlichen Freiheit weitgehende Schranken gezogen werden. Die heutige Sitzung, in der die ersten sechs Artikel der Grundrechte erledigt wurden, enthüllte nur zu deutlich den reaktionären Charakter der Nationalversammlungsmehrheit und der Grundrechte, die sie schaffen werden. Die Beratung erstreckte sich zunächst auf Artikel 107, der die Grundrechte als Schranke und Richtlinie für die Gesetzgebung und Verwaltung festlegen soll. Rechte, Zentrum und Demokraten jedoch wollten sich die Möglichkeit offenlassen, selbst das wenige, das die Grundrechte festlegten, noch in einer weiteren Gesetzgebung beiseite schieben zu können und die Grundrechte, wie ihnen unser Genosse Cohn entgegenhielt, zu einem schönen Monolog zu machen. Die kompakte reaktionäre Majorität drückte die Streichung des Artikels 107 durch.

Nun begann die sachliche Auseinandersetzung zunächst über die Frauenrechte. Die Rednerin unserer Partei, Genossin Fieß, enthüllte schonungslos den Widerspruch, der darin liegt, daß die Parteien, die bisher die härtesten Gegner der politischen Betätigung der Frau und des Frauenwahlrechts gewesen sind, jetzt ein Loblied auf die politische Betätigung der Frau singen, gleichzeitig aber auch verhin-

dern wollen, daß die völlige Gleichstellung der Frau einleitet soll. Es ist beschämend, daß es eine Frau war, die Rednerin des Zentrums, die sich gegen die wirkliche Gleichstellung der Frau aussprach.

Überaus bezeichnend für den Geist der Majorität der Nationalversammlung über ist die Beratung über die Abschaffung des Abels. Hier hätte die Bourgeoisie bürgerlichen Stolz zeigen können, hätte jetzt wenigstens, wo sie tatsächlich die Macht hat, die sie 48 Jahre haben können, sich losgesagen können von den Mächten des Feudalismus. Wie aber das ganze jehlige Regime sich stützt auf die Generale und Offiziere der wilhelminischen Epoche, so hielt die Bourgeoisie fest an der Verdrößerung mit den feudalen Mächten, in denen sie immer noch den letzten Rückhalt gegen die sozialistische Republik erblickt. Die erbärmliche Haltung der Demokraten in dieser Frage ist nicht zu übertreffen und einem Professor Quidee blieb es vorbehalten, seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß durch den Artikel 108 die Abschaffung des Abels in Bayern illusorisch gemacht wird. Selbst das Gefühl für die Würde einer bürgerlichen Revolution geht diesen Kleinbürgern ab.

Nach dieser Leistung fällt es nicht weiter auf, daß der unabhängige sozialistische Antrag auf Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen die Prostitution abgelehnt wurde, daß die Begründung durch unsere Genossin Fieß das lebende Bürgertum hervorrief. „Die Prostitution gehört nicht in die Verfassung!“ Das war das, was die bürgerlichen unserer Genossin entgegenzusetzen hatten. Natürlich, wie die gestitzten Bourgeois öffentlich nichts von Beschwerden einer Prostitution wissen wollen, die sie heimlich benutzen, so wollen sie auch in der Verfassung nicht öffentlich zugeben, daß es eine Prostitution gibt.

Unsre Genossen enthüllten durch ihr Vorgehen in der Nationalversammlung den jodreaktionären Charakter ihrer Mehrheit und ihrer Verfassungsarbeit. Das war den Herren unbequem, und ihr Präsidium ließ gegen Schluß der heutigen Plenarsitzung seiner großen Erbitterung darüber die Zügel schleichen, daß unsere Genossen energisch Front machen gegen den Versuch, die Grundrechte ohne Kritik und eingehende Beratung durchzusetzen. Aber die Herrschaften werden um die Enthüllung ihrer Schande nicht herumkommen.

Aufrechterhaltung der Todesstrafe.

(Eigene Drahtmeldung.)

Weimar, 16. Juli.

Ein neuer Tag der Beratung der Grundrechte, eine neue Schande für die Mehrheit der Nationalversammlung. In der heutigen Vormittagsitzung wurde sie vor die Frage gestellt, ob sie eine wirkliche Kulturaufgabe erfüllen und die Todesstrafe abschaffen wollte. Es zeigte sich, daß die bürgerliche Mehrheit jenen Geist der Gewaltpolitik atmet, den sie der äußersten Linken bei jeder Gelegenheit zum Vorwurf macht, daß sie nicht gewillt ist, wirkliche Kulturarbeit zu leisten und daß sie das Menschenleben heute noch so gering schätzt wie im Kriege. Nichts Erbarmlicheres als das Verhalten jener angeblichen Gegner der Todesstrafe aus den Kreisen des Bürgertums, die zwar platonisch für die Abschaffung der Todesstrafe sind, die aber in der Praxis für die Beibehaltung der Todesstrafe gestimmt haben. Der moralische Tiefstand der bürgerlichen Mehrheit wird grell dadurch illustriert, daß der Abgeordnete Düringer den Schluß dieser Debatte benutzte, um die Witzeln und Anpöbelungen gegen die Genossin Fieß zu richten. Nicht einmal den Ernst bei einer so schwerwiegenden Beratung und Entscheidung können diese Herren aufrechterhalten. Genosse Cohn wies in kurzen, scharfen, treffenden Ausführungen diese Witzeln des Herrn Düringer zurück. In der Abstimmung ergab sich, daß die bürgerliche Mehrheit für die Aufrechterhaltung der Todesstrafe ist.

Bei Gelegenheit dieser Debatte legte Herr Haukmann für die Demokraten ein wertvolles Geständnis ab, indem er zugab, daß seine Freunde kurzerhand alle neuen Anträge zur Verfassung ablehnen wollen, ohne ihren Inhalt und ihren Wert zu prüfen. Der wahre Geist, der die Bourgeoisie bei der Beratung der Verfassung beherrscht, ist damit enthüllt. Es kommt ihr nicht auf eine wirkliche Beratung an, sondern nur darauf, das Gesetz durchzusetzen, das sie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, als Instrument im bürgerlichen Sinne gebraucht. Die bürgerliche Mehrheit hat sich nunmehr schon so demaskiert, daß eine weitere Entschleierung kaum noch möglich ist. Aber die Schamlosigkeit dieser Herren wird sich noch weiter überbieten!

Rücktritt der Unabhängigen Sozialdemokraten vom Untersuchungsausschuß über die Januarunruhen.

TV. Weitin, 16. Juli. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen, ihre Mitglieder aus dem Untersuchungsausschuß wegen der Unruhen im Januar d. J. zurückzuberufen und sich an den Arbeiten des Ausschusses nicht mehr weiter zu beteiligen. Der Grund ist, daß mehrere Reagen vornommen werden sollen, die von der Darstellung Eichhorns sehr abweichende Angaben machen werden, ohne daß Eichhorn bei diesen Verhandlungen zugegen sein kann. Unsere Genossen sind der Ueberzeugung, daß durch solche Führung der Untersuchung der Ermittlung der Wahrheit nicht gedient werden kann.

Besserung der Kriegsgefangenenlage in Frankreich.

Berlin, 16. Juli. Wolffs Bureau meldet: Bekanntlich waren in den letzten Monaten ganz außerordentlich ungünstige Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen bei den Arbeitskompanen in dem vorderen französischen Operationsgebiet eingegangen. Erst nach langen Bemühungen konnte durchgesetzt werden, daß Delegierte der französischen Gefangenschaft in Paris die Erlaubnis erhielten, diese Kriegsgefangenen zu besuchen. Die Berichte gehen jetzt ein und zeigen erfreulicherweise, daß die französische Regierung endlich durchgegriffen und den schlimmsten Missetätigen gesteuert hat. Die Unterbringung hat sich sehr verbessert, die Ernährung ist nicht mehr unzureichend, über die Behandlung wird die weniger gestlagt. Selbstverständlich werden alle eingehenden Beschwerden auch weiterhin auf das nachdrücklichste verfolgt werden, jedoch können die Angehörigen erfreulicherweise mit Recht annehmen, daß die noch einlaufenden Klagen jetzt wahrscheinlich im wesentlichen überholt sind.

Arbeiter gegen Landwirte.

Innsbruck, 14. Juli. Die Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften von Innsbruck, der deutschen Eisenbahnervereine, des Reichsbundes deutscher Postbeamten und andre, legten heute vormittag um zwei Stunden die Arbeit nieder, um dadurch der Landesregierung den Entschluß zu verkleiden, dem Streik der Landwirte einen Streik der arbeitenden Bevölkerung der Städte entgegenzustellen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Eine von den Arbeitern und der Beamenschaft zahlreich besuchte Protestversammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der an die Landesregierung Forderungen bezüglich besserer Versorgung mit Fleisch, Milch usw. gestellt werden.

Chinesischer Protest gegen den Versailler Frieden.

Amsterdam, 14. Juli. Times melden aus Newyork, daß der chinesische Präsident einer Abordnung von chinesischen Patrioten erklärte, daß China den Friedensvertrag unterzeichnen müsse. Daraus verließen verschiedene Mitglieder der Deputation, die sich aus Kaufleuten, Lehrern und Studenten zusammensetzte, als Protest gegen die Zuweisung Schandungen an Japan in Gegenwart des Präsidenten der Chinesischen Republik Selbstmord zu begehen. Bevor die Palastwachen es verhindern konnten, gelang es drei Mitgliedern der Abordnung, sich schwere Verwundungen beizubringen.

Kohlenmangel und Eisenbahndefizit in Italien.

Rom, 15. Juli. Der italienische Transportminister entwickelte in der gestrigen Sitzung der Kammer ein außerordentlich düstres Bild von der Lage des Transportwesens. Er erwähnte die furchtbare Kohlenknappheit in Italien. Kohlen können nur noch aus England und Amerika. Die monatliche Zufuhr reiche zur Zeit nicht einmal zur Deckung des Bedarfs der Eisenbahnen. Dabei müsse man berücksichtigen, daß es noch weniger werde. Italien brauche heute 18 Millionen Tonnen Kohlen, während es vor dem Kriege mit 11 Millionen Tonnen auskommen sei. Angesichts dieser Lage werde die Regierung den Bau von großen elektrischen Überlandstrahlen und die Elektrifizierung der Hauptbahnen auf jede Weise unterstützen.

Nicht viel besser stehe es mit dem Bahnmateriale. Der Bau neuer Bahnhöfe werde durch den Mangel an Rohmaterial und Arbeitskräften sehr erschwert. Die Staatsbahnen hätten im letzten Rechnungsjahr mit einem Defizit von 640 Millionen gearbeitet. Genau so beunruhigend sei die Lage der Handelsflotte. Vor dem Kriege habe Italien gegen 18 Millionen Tonnen Waren ausgeführt und über rund zwei Millionen Tonnen Schiffsraum verfügt. Heute, nachdem es mehr als die Hälfte seiner Tonnage verloren habe, zahle es gegen zwei Milliarden Schiffsrenten an das Ausland.

Wie der Corriere della Sera sich von seinem römischen Mitarbeiter melden läßt, hat diese Rede im Parlament schwere Reaktionen hervorgerufen. Am meisten bedrückt hat die Ankündigung des Defizits bei den Staatsbahnen.

Die Lage in Ungarn.

Die Arbeitszeit der Jugendlichen.

Budapest, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Postamt für Unterricht hat eine Verordnung erlassen, wonach die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter einschließlich des theoretischen Unterrichts 48 Stunden pro Woche nicht überschreiten darf, auch dann nicht, wenn der Betrieb aus irgend einem öffentlichen Interesse länger als acht Stunden täglich in Tätigkeit ist.

Die Lebensmittelversorgung.

Budapest, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aktion zur Besserung der Versorgung des in der Hauptstadt arbeitenden Proletariats ist im Gange. Dem Präsidium des Budapestener revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats ist es gelungen, die Lebensmittelzulufen und die Verteilung in einer Hand zu vereinigen und durch die entsprechende Durchführung die Ungleichheiten in der Lebensmittelverteilung auszugleichen. Außerdem ist eine großartige Entlastungsaktion eingeleitet worden, derzufolge bisher etwa 1200 Leute die Hauptstadt verlassen haben. Tatsächlich weist die Versorgung der Hauptstadt seit kurzem eine merkliche Besserung auf und es ist nicht zu verkennen, daß die konsequente Verwirklichung der sozialistischen Ideen auch auf diesem Gebiete schon bisher wahre Erfolge gezeitigt hat.

Deutschland.

Das Betriebsrätegesetz.

Weimar, 15. Juli. Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen zugehen. Die große politische Ansprache ist mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung auf Dienstag, den 22. Juli, verschoben worden.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Das Reichswirtschaftsministerium hat den der obersteinsten Kohlenkonvention angehörenden Zeichen eine Erhöhung des Preises um 5 Mk. für die Tonne Kohle ohne Steuer bewilligt, die am 15. Juli in Kraft tritt. Damit sind (so hat W. A. B. offiziell hinzu) die obersteinsten Werke mit den in des Ruhrbezirks ungefähr gleichgestellt, und sie sind im Interesse einer Produktionssteigerung in der Lage, die Löhne der unter Tage beschäftigten Bergarbeiter zu erhöhen. Ob sie's tun werden?

Eine Denkschrift über die Lage der Landwirtschaft.

Weimar, 16. Juli. Ein von der preussischen Landwirtschaftsminister Braun hat ein Reichskabinett eine längere Denkschrift über die Lage der deutschen Landwirtschaft überreicht und zur Erörterung der stark gesunkenen Produktion eine bedeutende Vermehrung der technischen Hilfsmittel und eine bedeutende Einschränkung der Zwangslandwirtschaft gefordert. Was will Herr Braun an die Stelle der Zwangslandwirtschaft setzen? Den freien Verkehr, bei dem die Wohlhabenden den Proletariern die Nahrungsmittel wegkaufen?

Ein Kruppdirektor im Reichswirtschaftsamt zum Untersuchungsamt in Reichswirtschaftsamt wurde nach der Zentrums-Parlamentskorrespondenz an Stelle Wöllendorff der frühere Vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Bietsfeld, der in den letzten Monaten eine führende Stelle bei der Firma Krupp bekleidete, in Aussicht genommen. Das Untersuchungsamt soll also einem Vertrauensmann im Reichswirtschaftsamt haben; nachdem es ihm nicht gelungen ist, ihn zum Wirtschaftsminister zu machen. Verhandlungen durch General Mangin. In der heftigsten Volkskammer gab Ministerpräsident Ulrich bekannt, General Mangin habe ihn mitgeteilt, daß er die Anklage des Streiks zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilten Einwohner begnadigt habe.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Juli.

Parteiangelegenheiten.

An die Parteigenossen der U. S. P. Sachsens.

Zur Klärung der politischen Situation berufen wir im Einverständnis mit der am 11. Juli abgehaltenen Landeskonferenz eine

Außerordentliche Landesversammlung

für Sonntag, den 10., und Montag, den 11. August, vormittags 10 Uhr, nach Leipzig, Gesellschaftsraum des Volkshauses.

Tagesordnung:

1. Bericht des Landesvorstandes.
2. Bericht der Volkstammerfraktion.
3. Die politische Lage im Reich und in Sachsen:
 - a) Die Regierungsbildung.
 - b) Das Räteystem.
4. Bestimmung der Bezirksleitung, die die Geschäfte des Landesvorstandes für das laufende Geschäftsjahr übernimmt.

Bei der Wichtigkeit des Beratungstoffes und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts der U. S. P. Sachsens nur die gewählten Vertreter der Kreisvereine Stimmrecht haben, ersuchen wir die Kreisorganisationen, unverzüglich die geordneten Wahlen der Kreisvertreter durchzuführen und das Ergebnis dem Landesvorstand der U. S. P., Leipzig, Tauscher Straße 19-21, anzugehen. Von dort aus wird auch Unterkunft angewiesen.

Anträge zur Landesversammlung sind spätestens am 4. August beim Landesvorstand an obige Adresse einzusenden. Leipzig, den 15. Juli 1919.

Der Landesvorstand der U. S. P. Sachsens.
Rsch. Lipinski, Vorsitzender.

Die Geschäftstätigkeit des Arbeiterrats.

Der Arbeiterrat hat sein Bureau in der Gartenstraße 3, III, wieder eröffnet. Geschäftstags von 1/8 bis 3 Uhr durchgehend. Telefon 18433 und 18274. Der Hauptauschuh.

Das Räteystem.

Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, wird im Saale des Zentraltheaters Genosse Broß-Nemtsch in einer Versammlung der Arbeiterratsmitglieder einen Vortrag über das Räteystem halten. In der Versammlung sind auch die Parteifunktionäre eingeladen. Zum Eintritt berechnete die früher für Arbeiter- und Angestelltenvereine ausgestellten Ausweise.

Revolutionssammlung.

Die Parteigenossen ersuchen wir erneut, alle ausstehenden Sammelstücken unverzüglich im Sekretariat, Tauscher Straße 19-21, abzuliefern, da dieselben unbedingt abgerechnet werden müssen. BezirksparteiSekretariat.

Vorstandssitzung von Groß-Leipzig.

Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, findet eine wichtige Sitzung im Volkshaus statt, zu der das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder dringend notwendig ist.

Sitzung, Mailkomitee!

Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr, Schlußsitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 9. Die Sitzung beginnt Punkt 5 Uhr.

Die Fortsetzung der Parteiverammlung vom Dienstag findet Montag, den 21. Juli, im Zoologischen Garten statt.

Connewitz, Donnerstag, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Bibliothek, Dölger Straße Nr. 18.

Der Arbeiterrat ist tot.

Der Hauptauschuh des Arbeiterrats macht zwar heute bekannt, daß er sein Bureau in der Gartenstraße Nr. 3, III wieder eröffnet hat, aber trotzdem verkündet die sogenannte „Freie“ Presse: Der Arbeiterrat ist totgeboren. Die „Freie“ Presse schreibt am 15. Juli:

Die U. S. P.-Fraktion des Arbeiterrats nahm in einer Sitzung Stellung zu den Vorgängen in der letzten Arbeiterratsfraktion. Nach eingehender Aussprache und Prüfung der ganzen Sachlage war man einmütig der Auffassung, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine weitere Beteiligung an den Sitzungen als ausgeschlossen gelten muß. Einstimmig wurde folgender Erklärung zugestimmt: Die sozialdemokratische Fraktion des Arbeiterrats erklärt, daß sie so lange ihre Mitarbeit einstellt, bis die Fraktion der U. S. P. für die Organisation des Arbeiterrats die Beteiligung aller Parteien im Verhältnis ihrer Stärke anerkennt.

Die brutale Art, in der die U. S. P. die Minderheit im Arbeiterrat verweigert und ihr Mitbestimmungsrecht im Vorstand und Hauptauschuh verweigert, ließ auf eine erprießliche Arbeit nicht hoffen. Freilich war man so „loyal“, eine Beteiligung zuzugestehen, sofern sich die Parteien verpflichteten, das Programm der U. S. P. anzunehmen. Für die Ausübung eines selbstverständlichen Rechts forderten die freigeistlichen Unabhängigen die Aufgabe der Überzeugung.

Von einem nicht geringen Teil der U. S. P., an der Spitze „Kurischen der Gewaltmenschen“, der von sich selbst sagt, daß er in einem gewissen Augenblick das „Hafenspanier“ ergriffen, kann man täglich nichts anderes erwarten.

Die kümmerlich unterscheidenden sich diese Leute von den vernünftigeren Elementen innerhalb der U. S. P. Heinrich Strödel und andre weisen darauf hin, daß Mut zur politischen Aufrichtigkeit notwendig ist, wenn die Arbeiterratsmitglieder ihre Mission erfüllen und den Sozialismus durchzuführen soll. Was heißt das aber die Worthaltungen in Leipzig. Für sie handelt es sich um die Verwirklichung ihres Machtbünkels, mag dabei alles andre ruhig in Trümmer gehen.

In einem mit Bl. gezeichneten Artikel derselben Nummer wird noch ganz anders gegen die Unabhängigen Sozialdemokratie losgezogen. Der Schluß dieses Artikels lautet:

Aber der Niederträchtigkeit der Leipziger Erzdemagogen, von denen sich im Arbeiterrat die dritte Generation dreinacht, muß und kann noch auf andre Art begegnet werden. In der Leipziger Stadt verordnetenversammlung bildet bekanntlich unsere Partei das Zünglein an der Waage. Sie wird die Politik der Wiedergutmachung für die gemeine Unterbevölkerung im Arbeiterrat und im Gesamtschaftskomitee aufzunehmen müssen! Nicht grundlegend, sondern nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit, die von den Unabhängigen ja in Halle und Biele ge-

geben sind. Mit unsrer Ehrlichkeit können wir bei diesen Gegnern von abgrundtiefer Stumpfheit sonst nicht weiter! Wenn dann die Herrschenden in moralischer Entrüstung stehen wollen, müssen ihnen die bereits nur mit der Rechenmaschine noch zu ähnelnden Selbsttaten des Zusammengehens der Unabhängigen mit den reaktionärsten Parteien der Nationalversammlung wie des früheren Reichstags bei Abstimmungen zu Gemüte geführt werden, die auch aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolglos. Diese Revanche für Sabotage sollte und der totgeborene Arbeiterrat mit seiner Schenklichkeit von Unterbildungsmänne schon noch wert sein!

Die Ruhanwendung aus diesen Schimpereien der „Freien“ Presse zieht das Tagesblatt mit folgenden Sätzen:

Diese Stellungnahme muß natürlich noch weitere Folgen haben. Ueber kurz oder lang muß der Arbeiterrat doch Mittel anfordern, mit denen er seine Geschäftsführung betreibt. Da die Mehrheitssozialisten die von ihm ganz einseitig betriebene Politik nicht als gerecht anerkennen, müssen sie notwendigerweise auch zu einer Ablehnung der dafür angeforderten Mittel kommen. Damit wäre der Arbeiterrat dann in seiner praktischen Arbeit erledigt, denn daß die Bürgerlichen sich auf den gleichen Standpunkt stellen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Bürgerliche und Rechtssozialisten vereinigen sich also, um dem Arbeiterrat die Mittel zu verweigern, die er für die Ausübung seiner Funktionen braucht. Damit ist die Rätefeindlichkeit des bürgerlich-sozialistischen Mißmachers mit aller Deutlichkeit enthüllt. Bei der gegenwärtigen Regierung wird die Verweigerung der Mittel das von den Rätefeinden gewünschte Verständnis finden, und damit wäre der dritte Arbeiterrat in der Tat erledigt. Aber darum ist der Arbeiterrat nicht tot! Der Arbeiterrat wird leben als ureigenstes Kind der Revolution, weil die Revolution lebt! Der Arbeiterrat wird leben, wenn seine jetzigen Feinde längst in Vergessenheit geraten sind.

Keine Höchstpreise für Frühkost!

Das Reichsernährungsamt teilt uns mit: Aus Blättermeldungen scheint hervorzugehen, daß in Einzelfällen Drilik oder bestimmte Höchstpreise für Frühkost von Behörden festgesetzt worden sind. Dagegen scheint die Vermutung geknüpft worden zu sein, daß die Reichsstelle für Gemüße und Obst entgegen ihrem öffentlich vertretenen Standpunkt diese Maßnahmen gebilligt oder sogar angeordnet habe. Wedes ist falsch. Die Reichsstelle hält, wie wir zuverlässig hören, daran fest, daß ein Anlaß zur Festlegung von Höchstpreisen für das im diesem Frühjahr infolge des Drängens weicher Kreise namentlich in den wichtigsten Verbrauchszentren dem freien Handel unannehmlich überlassen Frühkostes (außer Heidelbeeren in Teilen Bayerns und Südbahns) nicht vorliegt. Sie hat sich mit dem Erlaß behördlicher Höchstpreisfestsetzungen für Frühkost bis jetzt nicht einverstanden erklärt. Etwas erlassene derartige Vorschriften sind daher rechtswidrig und unterliegen der Aufhebung. Anders verhält es sich mit der Festlegung von Höchstpreisen, die lediglich dazu bestimmt sind, für den Strafrichter einen Anhalt bei Beurteilung der Frage zu geben, ob Zucker vorliegt. Eine Änderung des mit Billigung des Reichsernährungsministeriums von der Reichsstelle festgehaltenen grundsätzlichen Standpunktes käme nur dann in Frage, wenn es wider Erwarten dem freien Handel trotz ernstlicher Bewilligungen seiner Organisationen nicht gelingen sollte, gesunde Verarbeitung auf den städtischen Frühkostmärkten herbeizuführen.

Das Reichsernährungsamt, das vor der Profiteure der Produzenten und Händler jammervoll kapituliert hat und die Hauptschuld an dem Zucker mit Gier, Frühgemüße und Frühkost trägt, sieht also seine Hoffnung auf den „freien Markt“ der gesunde Verarbeitung herbeizuführen soll. Die Zuckerer soll in den Zucker bekämpfen. Sieht sich das Reichsernährungsamt wirklich aus so großen Ibioten zusammen? Wir können das nicht glauben. Es will nicht die Verbraucherinteressen wahren.

Die Beschaffung von Wäsche und Wandrat für junge Ehepaare.

Mit banger Sorgf bilden jetzt Verlobte in die Zukunft; wissen sie doch nicht, woher sie die Mittel nehmen sollen, um eine nur ganz bescheidene Wohnungseinrichtung sich zu beschaffen; bald fehlt es an Wäsche, an Betten, an Möbeln usw. Deshalb sind die jungen Brautpaare nicht in der Lage, sich einen eignen Hausstand zu gründen. Und doch könnte, wenn die bestehenden Kreise unseres Volkes nur einen Funken sozialen Empfindens in sich trügen, mancher Not begegnet werden! Wieviel ungebrauchte Möbel, wieviel ungebrauchte Betten, wieviel ungebrauchte Wäsche findet man in den Haushaltungen der wohlhabenden Stände! Die Regierungen kennen die Not des Volkes, speziell die Not der jungen Leute beiderlei Geschlechts, die gern den Lebensbund schließen möchten, aber durch die enorm hohen Preise verhindert werden, einen eignen Hausstand zu gründen. Wieviel Möbel stehen z. B. in den unbewohnten Schlössern, Sommervillen u. dergleichen, welche den Zwecken der jungen ehelicheren Leute können zuzuführen werden! Die Regierung, wenn es wirklich mit ihrer sozialen Gesinnung Ernst wäre, hätte längst sollen eine allgemeine Bestandaufnahme der Möbel, Betten, Kleider, Wäsche usw. vornehmen und die überflüssigen Bestände mit Beschlag legen. Tausende von jungen Ehepaaren könnten dann zu zivilen Preisen eine eigene Ausstattung sich erwerben. Doch wenn die Regierung sich ansieht, der Schlinge der Selbstsucht der wohlhabenden Schichten den Kopf zu zerröten, und zwar durch Enteignung des entbehrlichen Wandrats, möchte sie ja bestreben, die Freundschaft der kapitalistischen Kreise zu verlieren, und davon wird sich die jetzige Regierung sehr hüten! Ihr Motto ist: „Es wird fortgewerkelt!“

Der für heute angelegte Streik. Die Politisch-Parlamentarische Korrespondenz meldet:

In Leipzig scheint es zu dem Streik, der für heute angelegt war, nicht gekommen zu sein.

Die Meldung steht offenbar im Zusammenhang mit dem Epthelbericht des Zeitfreiwilligenregiments, den wir gestern abgedruckt haben. In diesem Bericht ist gesagt, daß am 15. Juli bestimmt mit einem großen Streik in Leipzig gerechnet wird. Die Sache könnte heiter stimmen, wenn sie nicht so ernst wäre.

Minister Schwarz gegen die sächsischen Großstädte. Man schreibt uns vom Ernährungsamt: Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz hat in der Sitzung vom 9. Juli der Volkstammer schwere Vorwürfe gegen die Stadtverwaltungen der sächsischen Großstädte erhoben, die zwar sofort von den Abgeordneten Dr. Blüher-Dresden, Jellisch-Chemnitz und Lange-Leipzig zurückgewiesen wurden, die aber, weil sie in aller Öffentlichkeit fielen, auch öffentlich beantwortet werden müssen. So wurden die Höchstpreise für Kirsch für Sachsen auf 75 Pfg. pro Pfund festgesetzt und z. B. Leipzig 375 Zentner zur Verfügung gestellt. Was war das aber unter so viele! Der übrige Einkauf stockte sofort, da der Preis von 75 Pfg. nicht im Einklang mit den Erzeugerpreisen stand. Wenn überhaupt Kirsch in die Großstädte kommen sollten, so mußte ein anderer Höchstpreis bewilligt werden. Dieser lag ungefähr bei 140 Mt. Trotzdem machte der Einkauf Schwierigkeiten, denn man schaffte die Kirsch lieber heimlich nach den Großstädten, wo sie für 2 bis 3 Mt.

gehandelt wurden. Erst jetzt kommen genügend herein. Für 75 Pfg. wäre nicht viel über die von der Regierung gelandete Menge hereingekommen. Die Einkäufer kamen nicht auf ihr Geld. Die Pächter in den Versorgungsgebieten aber hatten bei der Pachtung Macherpreise geboten. Das Leipziger Ernährungsamt beantragte ganz energisch die Aufhebung dieser Verträge. Da dieser Antrag aber nicht durchgeführt werden konnte, so stand namentlich Leipzig vor der Frage: entweder gar keine Kirsch bei 75 Pfg., oder genügend Kirsch für vorläufig 140 Mt. Schließlich „kann man erst über Waren verfügen, die man tatsächlich in der Hand hat“ — also: erst Ware, dann Preis, so sagte der Herr Minister Schwarz selbst.

Ueber die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die von Mitte Juli bis Mitte August in Leipzig stattfindet, wird uns aus ärztlichen Kreisen geschrieben: Die Ausstellung, deren Zweck und Ziele bereits vor einigen Wochen in einzelnen größeren Tageszeitungen in Form einer kurzen Uebersicht geschildert worden waren, will, worauf hier noch einmal hingewiesen werden soll, große Aufgaben erfüllen: Sie will dem grenzenlosen Reichthum unserer Zeit in sexuellen Dingen und der laxen Auffassung von der Moral einen Spiegel vorhalten, indem sie den Besucher anzeigt und unverhüllt zeigt, welche entsetzlichen Folgen geschlechtliche Erkrankungen haben und welche furchtbaren Zerstörungen im Organismus durch sie angerichtet werden können. Sie will auf der anderen Seite darauf hinweisen, was die medizinische Wissenschaft und Kunst vermag, und daß durch geeignete Maßnahmen bereits bestehende Geschlechtskrankheiten geheilt werden können. Sie will dritten — und das ist ihre vornehmste Aufgabe — mit allen Mitteln den Nachweis führen, daß es in den meisten Fällen möglich ist, bei rechtzeitiger Inanspruchnahme des Arztes bei Ausbruch der Krankheit überhaupt zu verhüten. Und nach Aussehen bekannter Dresdener Fachärzte ist die beabsichtigte Wirkung der Ausstellung auf das Publikum unerleutbar, die geschlechtlichen Erkrankungen kommen jetzt in viel früheren Stadien zur Behandlung, als das vordem der Fall war. Ein weiteres Verdienst der Ausstellungsführung ist, daß sie den Ruten geholt hat, endlich einmal mit den alten und veralteten Vorurteilen der Prüderie und der Angst, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, zu brechen und sie so, wie sie sind, dem Volke vor Augen zu führen. Mit der Feindsüchtheit und dem Storchmärchen kommen wir in unserer Zeit, die mehr denn je nach Auffklärung in sexuellen Dingen strebt, nicht weiter. Nur Offenheit, Klarheit und unerschütterliche Wahrheit kann das Volk vor dem moralischen Untergang retten.

ha. Gegen den Schleichhandel mit Kartoffeln. Der Schleichhandel mit Kartoffeln hat einen beträchtigen Umfang angenommen, daß die Befreiung des ohnehin mangelhaften Bedarfs ernstlich bedroht ist. Besonders in der Nähe der Großstädte werden täglich mehrere tausend Zentner Kartoffeln der Verteilung entzogen. Die beteiligten Personen sind deshalb nachdrücklich angewiesen worden, rückfälliges gegen die Erzeuger vorzugehen, die Kartoffeln in den Schleichhandel zu verkaufen. Sie begnügen sich nicht mit einer Beschlagnahme. Es soll von den Strafbestimmungen Gebrauch gemacht werden, die Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10000 Mt. oder mit einer dieser beiden Strafen drohen. Die Geldstrafe muß bei vornehmlichen Vergehungen von Vorräten mindestens dem zwanzigfachen Wert der Vorräte gleichkommen.

Auszahlung von Restguthaben der Kriegsfangenen. Durch die Waffenstillstandskommission ist die Bereinigung getroffen worden, daß die Restguthaben der Kriegsfangenen von der gegnerischen Regierung ausgezahlt und von der deutschen Regierung im Abrechnungswege erstatet werden. Ein ähnlicher Verfahren ist jetzt auch von der englischen Regierung zum Zwecke der Bereinigung der deutschen Restguthaben der Kriegsfangenen in Aussicht genommen worden. Die Deutschen, die Gefangenen über ihre Guthaben erhalten, werden von der deutschen Verwaltung eingeleitet, so daß man von Unregelmäßigkeiten nur in den Fällen sprechen kann, wo die Gefangenen in die Heimat entlassen werden, ohne irgendeine Befreiung über ihr Guthaben zu erhalten.

Wer hat Angehörige in sibirischen Gefangenenlagern? Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Ortsgruppe Leipzig, Gartenstraße 1, schreibt uns: Uns sind namentliche Listen der im Februar dieses Jahres in Krasnojarsk und Kural und Umgebung befindlichen deutschen Gefangenen zur Verfügung gestellt worden. Da es sich um ziemlich umfangreiche Listen handelt, deren Drucklegung bedeutende Kosten verursachen würde, so glauben wir von einer Veröffentlichung absehen zu müssen. Der Umstand, daß viele Angehörige von Sibiriengefangenen seit Jahr und Tag ohne Nachricht sind und daß es für sie schon eine Befreiung wäre, den Namen des betreffenden Gefangenen in der Liste verzeichnet zu finden, veranlaßt uns jedoch, die nicht unmaßgebliche Arbeitsleistung zu übernehmen und Auskunft über die angeführten Namen zu erteilen. Wir bitten, Anfragen mit deutlicher Angabe des Namens und des letzten Truppenteils des Gefangenen an die Nachrichtenabteilung des Volksbundes zu richten unter Befolgung von Rückporto. Im Interesse einer schnelleren Erledigung bitten wir, diese Anfragen gefoltert von andern Mitteilungen zu behandeln. In Anbetracht der zu erwartenden großen Anzahl von Anfragen werden wir uns auf eine ganz kurze Auskunftserteilung beschränken müssen und zwar, ob der betreffende Name in der Liste enthalten ist oder nicht. Teilweise sind bei den einzelnen Namen noch kurze Mitteilungen wie „Bin gesund, viele Grüße“ angeführt, die wir selbstverständlich weitergeben werden. Die einlaufenden Anfragen können nur der Reihe ihres Einganges nach erledigt werden, wir bitten daher, bei einer Verzögerung der Antwort Nachsicht zu üben. Die namentlichen Listen der Gefangenen in Krasl, Perwaja, Nerjiska und Umgebung von Mladostow sowie in dem Lager Kitichinsk sind nach wie vor direkt von der Bundesleitung zu beziehen.

Zur Lieferung reiner deutscher Seife wird noch amtlich mitgeteilt: Es handelt sich um pulverisierte Seife mit 80 Prozent Fettgehalt in 100-Grammstücken, ferner um reine Kernseife mit 60/62 Prozent Fettgehalt (= 72 Prozent französischer Begehnung) in 100- bzw. 200-Grammstücken, und schließlich um reine Kalkseife mit 80 Prozent Fettgehalt in 50-Grammstücken. Das 100-Grammstück Kernseife wiegt 120 Mt., das 100-Grammstück Kalkseife wiegt 80 Pfg., das 200-Grammstück Kernseife wiegt 180 Mt., das 50-Grammstück Kalkseife wiegt 50 Pfennig kosten. Die Seife kann zunächst nur gegen den Feinselenausschnitt der Seifenkarte abgegeben werden, damit sie auch wirklich in den Besitz der berechtigten Verbraucher gelangt und nicht im Schleichhandel veräußert. A. A. Seife, die bisher gegen Feinselenausschnitt abgegeben war, ist nunmehr markensrei. Auf einen Feinselenausschnitt der Seifenkarte können wahlweise 50 Gramm Feinselenausschnitt oder 50 Gramm Kernseife oder 50 Gramm Kalkseife bezogen werden.

Sobald die neuen Seifenkarten ausgegeben sind, müssen die Oktober-Feinselenausschnitte zum Kleinhändler gebracht werden, der dafür einen Gutschein ausstellt. Die Ware kommt im September herein und wird gegen den Gutschein geliefert. Am Oktober kann die Seife sofort gegen den Kleinhändler beim Kleinhändler bezogen werden und dementsprechend in den folgenden Monaten. Die erste Bestellung im August gegen Abgabe der Oktoberabschnitte darf nicht vergessen werden.

Fortbildungsschulkursus in Leipzig. Am 12. Juli erfolgte, wie uns geschrieben wird, der 18. vom Deutschen Verein für Fach- und Fortbildungsschulwesen veranstaltete sechswöchige Leipziger Fortbildungsschulkursus, der sehr zahlreich besucht war, sein Ende. Es war die erste derartige Veranstaltung, die sich ganz den Bedürfnissen der Wiedereinstellungsschule anpaßte. Durch wissenschaftliche und methodische Vorträge, praktische Uebungen, Diskussionsabende und Besichtigungen wurden aus allen Teilen Deutschlands kommende Damen und Herren mit dem neuen Schulgebiet vertraut gemacht.

Sehr wertvoll war es für die Teilnehmer, daß sie auch Einblick in die hierfür in Frage kommenden Schulen unserer Stadt nehmen durften. Besonders eingehend lernten sie Maschinen, Einrichtungen, Lehrpläne, Lehrmittel und Unterrichtsbetrieb der Leipziger Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen kennen, einer Anstalt, die in immer weiteren Kreisen als musterhaft anerkannt wird.

Das handgefädelte Radchen. Am Montag befanden sich junge Leute in der Karl-Deine-Straße. Sie lachten über eine Kommode mit drei Beinen, die auf einem Dandewagen stand. Das gab einigen Volksschulkindern Gelegenheit, mit dem Revolver in der Hand einzusprechen, einen der Radchenbesitzerinnen und nach der Befehlsausgabe zu schassen. Die Kollegen folgten, worauf noch ein zweiter junger Mann verhaftet wurde. Nach einer halben Stunde mußten die beiden natürlich freigelassen werden. Daß Radle das Radchen verbietet, ist gar nicht verwunderlich. Hat er doch vor einiger Zeit das Erscheinen des Hiltblattes Die Pleite unterlag. Weiterheit ist ihm ein Uebel, das unterdrückt werden muß.

Die Große Leipziger Straßenbahn gibt im Angeleitertel dieser Nummer bekannt, daß die umlaufenden 15. Fahrten-Rampstrecken am 15. September ihre Gültigkeit verlieren, worauf auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

Die Entlassungsangelegenheit für die Kriegsbeschädigten. Die Bezirkskommandos I und II werden, wie sie uns mitteilen, in letzter Zeit von Kriegsbeschädigten überlaufen, die ihren Entlassungsbang abhaken wollen. Um unnötige Sätze zu ersparen, wird dringend empfohlen, die Aufforderung zur Entlassungnahme der Angehörigen in jedem Falle abzuwarten, da sonst die Bezirkskommandos nicht in der Lage sind, für eine schnelle Abwicklung des Geschäftes zu sorgen. Sämtliche eingereichten Gesuche Kriegsbeschädigter um Entlassungsangelegenheiten werden als genehmigt, wenn nicht ausdrücklich abklärgelagert Bescheid erfolgt. Zum Fassen der Angelegenheit erfolgt jedoch besondere Aufforderung in jedem Falle.

Schmidtshof, Donnerstag, den 17. Juli, von 9 bis 12 Uhr, Nr. 5000 bis 10000. Ausgabe von Knochenbrillenzertifikaten, Fleischkäse, Kaffeebohnen und Streichwurst.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 17. Juli.

Für Haushaltungen.

Anmeldung Fleisch: Letzter Tag — abzugeben W 1-8, Rinder W 1-4.

Auslandsfleisch: Letzter Tag — abzugeben A 8 der Einfuhrzusatzkarten (100 Gramm, Rinder 50 Gramm). Kartoffeln: abzugeben im e grüngebrückte Hälfte der Kartoffelmarkte A 8 (für 22 bis 28 Juli).

Ausgabe Gruppen: Letzter Tag — bestellt mit 1 E und K der neuen Lebensmittelkarte Reihe J (250 Gramm), Fleischmarken V 1-5 (125 Gramm).

Suppen: Letzter Tag — bestellt mit 2 E und K der Lebensmittelkarte Reihe J (500 Gramm).

Auslandsfleisch für Schwerkrankenbeschädigte: Ausgabe, Gohlis, Weckerstraße 1, 3-5 Uhr.

Für Händler.

Leigwaren, Suppen und amerikanisches Mehl: Bezugscheinentnahme der Klein Händler und Obitmäner, Schulstraße 1, und Vorlegung Schait r 88.

Die Stellungnahme der Leipziger Parteigenossen zur Regierungsumbildung.

In einer sehr stark besuchten Versammlung, die gestern abend im Zoologischen Garten tagte, nahmen die Leipziger Parteigenossen Stellung zur politischen Situation und zur Frage der Umbildung der Regierung in Sachsen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verles Genosse Lipinski auf die gestern in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichte Spitzelgeschichte und die auf sie beruhende Besetzung Leipzigs durch preussische Mordtruppen. Die dadurch geschaffene Situation sei äußerst ernst. Die Leipziger Arbeiterklasse wisse zwar, daß die von ihr angewandten Kampfsmittel auf politische und wirtschaftliche Gebiet lagen. Sie haben seit eine Zeitlang abgelehnt, die sie vor die Maschinenengewehre bringen würde. Aber es besteihe die Möglichkeit, daß von anderer Seite, z. B. von dem im gegenrevolutionären Sinne so tätigen Bürgergeschicht, das Signal zum Einmarsch der Truppen gegeben werden könnte. Dann gelte es für die Arbeiterklasse mehr als je, unter allen Umständen ruhig Blut zu bewahren. Im Auftrag der Parteileitung legte Lipinski der Versammlung die folgende Erklärung vor:

Erklärung.

Die Parteiverammlung der U. S. P. Groß-Leipzig nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem in der Leipziger Volkszeitung vom 15. Juli veröffentlichten angeblichen Bericht des Zeitfreiwilligen-Regiments.

Die Parteigenossen lehnen es ab, sich zu politischen Exzessen verleiten zu lassen.

Die Parteiverammlung fordert alle Parteigenossen auf, jeden Versuch, der an sie zur Revolutionsspielerei herantritt, mit Entschiedenheit abzuwehren und alles daranzusetzen, in dieser Richtung tätige Spitzel zu entlarven.

Diese Erklärung wurde ohne Ausnahme einstimmig angenommen.

Dann referierte Genosse Lipinski über: Die politische Lage und die Regierungsbildung in Sachsen. Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Sätze des Erfurter Programms, nach denen die Partei die Umwandlung des bestehenden kapitalistischen Systems in eine sozialistische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung und die Eroberung der politischen Macht erstrebt. In dem von der Arbeiterklasse zu diesem Zwecke zu führenden Kampfe seien zwei Phasen zu unterscheiden: Erstens der Kampf zur Eroberung der politischen Macht, zweitens der Kampf um die Verwirklichung der Produktion. Allerdings handle es sich nicht um zwei streng getrennte Abschnitte, beide fließen vielmehr ineinander. Der Redner legte dann dar, wie die Wahlen zur Nationalversammlung dem Stragertum wieder die politische Macht gebracht hätten. Unter der Losung: Niederhaltung der Arbeiterklasse — Wiedererrichtung des freien Handels für das Bürgerumtum den Kampf gegen die Sozialisierung, für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Der Referent zeigte, wie die Nationalversammlung nach diesem Grundsatz arbeite. Weiter sagte er, daß in Sachsen, wo eine sozialistische Mehrheit im Parlament vorhanden sei, die Verhältnisse etwas günstiger lägen. Für die U. S. P. sei nun die Frage, ob es sehr möglich sei, im Reich das Räteystem durchzuführen. Eine Einführung dieses Systems in Sachsen allein sei eine Unmöglichkeit. Man müsse sich fragen, ob sich bereits der Parlamentarismus durch das Räteystem abgelöst werden könne, oder ob die Partei noch auf dem parlamentarischen Boden weiterarbeiten müsse. Weiter sei die Frage aufgeworfen worden: Sollen wir uns aktiv an der Beobachtung beteiligen oder sollen wir uns passiv verhalten? Diese Frage sei praktisch bereits durch die Parteileitung an den Wahlen gelöst. Es sei auch gelungen, in der Volkstammer die Beschaffung mit Erfolg zuzugunsten der Arbeiterklasse zu beeinflussen. Das Aktionsprogramm der U. S. P. widerspreche der parlamentarischen Betätigung nicht. Die parlamentarische Mitarbeit bedinge aber unter Umständen auch die Übernahme der Verantwortung durch Teilnahme an der Regierung. In der sächsischen Volkstammer habe die Fraktion der U. S. P. erklärt, sie bemächtige der Regierung keine Mittel. Da auch die Demokraten und die rechtsstehenden Parteien die Ministergehälter ablehnen wollten, würde für die Bewilligung der Ministergehälter keine Mehrheit vorhanden gewesen sein. Die Regierung hätte also

abtreten müssen. In dieser Situation hätten die Rechtssozialisten erklärt, daß sie bereit seien, die großen Parteien in die Regierung aufzunehmen. Unter diesen Umständen seien die Demokraten zur Bewilligung der Gehälter bereit gewesen, hätten aber die Niederhaltung der Arbeiterklasse und die Aufrechterhaltung der freien Wirtschaft verlangt. Bei diesem scharfen Gegenfah der Demokratie zum Sozialismus hätten nun die Rechtssozialisten Bedenken gegen ein Zusammenarbeiten mit ihnen in der Regierung geäußert. Sie seien deshalb an die unabhängige Fraktion wegen der Teilnahme an der Regierung herangetreten. Unter den bereits veröffentlichten Bedingungen habe sich die Fraktion zu Verhandlungen bereit erklärt. Obwohl die Rechtssozialisten die partielle Zusammenfassung der Regierung ablehnten, habe die Fraktion unter Hinweis auf die seit den Wahlen stattgefundenen Verschiebung der Stimmverhältnisse der Parteien daran festgehalten. Auch die Forderung über die Regelung der Funktionen der Arbeiterräte sei von den Rechtssozialisten als undiskutabel erklärt worden. Da es sich aber um die Festlegung bestimmter Richtlinien handelte, habe die Fraktion daran festhalten müssen. Eine sofort einberufene Konferenz der Organisationsvertreter habe die Haltung der Fraktion gebilligt.

Lipinski erweiterte dann weiter die Frage, wie sich die politische Lage in Sachsen nun weiter gestalten könne. Neben die Rechtssozialisten allein in der Regierung, könnten sie sich auf keine Mehrheit in der Kammer stützen und es könnte in Kürze zu einer Auflösung der Kammer kommen. Nach den bisher bei den Nachwahlen gemachten Erfahrungen würde dann wahrscheinlich die rechtssozialistische Fraktion schwächer, die unabhängige Fraktion stärker in die Volkstammer einzutreten. Aber die Unabhängigen würden auch dann gezwungen sein, mit den Rechtssozialisten zusammenzuarbeiten und mit ihnen die Regierung zu bilden. Es werde also an der ganzen Situation nichts geändert sein. Jetzt hätten die Rechtssozialisten erklärt, auf die Bedingungen der Unabhängigen nicht eingehen zu können. Da auch die Demokraten erklärten, bei der ungeklärten Lage im Reich kein Interesse an der Teilnahme an der Regierung mehr zu haben, sei die Umbildung der Regierung nur vertagt. Die Parteileitung habe nun für den 10. August eine Landeskonferenz der U. S. P. nach Leipzig einberufen, um diese über die Frage entscheiden zu lassen. Zusammenfassend betonte der Redner zum Schluß, es handle sich jetzt um die Entscheidung, ob wir die Arbeiterklasse in Sachsen ohne Aufgabe unserer Grundzüge zusammenschließen könnten, um auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zu kommen, oder ob die Selbstverwirklichung der Arbeiterklasse zum Nutzen der Bourgeoisie fortgesetzt werden solle. (Beifall.)

Der Redner unterbreitete der Versammlung die folgende Resolution:

Die am 15. Juli im Zoologischen Garten tagende Parteiverammlung der U. S. P. Groß-Leipzig erklärt sich mit der Haltung der Volkstammerfraktion zur Regierungsbildung in Sachsen einverstanden.

In der Debatte führte zunächst Genosse Perholz aus, daß die Ausführungen Lipinski's sei die Ohnmacht des Parlamentarismus bewiesen. Durch eine Beteiligung an der Regierung werde die Partei mitverantwortlich für das Versagen des Parlamentarismus. Durch die gegenrevolutionäre Tätigkeit der Nationalversammlung und der Reichsregierung sei auch eine sozialistische Landesregierung zur Ohnmacht verurteilt. Es zeige sich sehr, daß nur mit Anwendung der Diktator politischen Politik getrieben werden könne. Die Frage sei nur, ob eine kapitalistische oder eine sozialistische Diktatur herrschen solle. Von einer Sozialisierung könne man in Sachsen bei den von Lipinski angebotenen Versuchen nicht reden. Die Militärdiktatur stütze die kapitalistische Gesellschaft. Der von Lipinski erwähnte Indifferenzismus der Arbeiterklasse sei durch den Bankrott des Parlamentarismus hervorgerufen. Aufgabe der U. S. P. sei es, die Massen aufzuklären, daß mit dem Parlamentarismus und der jetzigen Regierung die Verwirklichung des Sozialismus unmöglich sei. Man müsse klar erklären, daß das Räteystem den Parlamentarismus ausschließe. Durch den empfohlenen aktiven Parlamentarismus würden die revolutionären Aktionen gehemmt. Die Taktik der U. S. P. als revolutionäre Partei müsse so eingestellt sein, daß die Massen nicht den Kommunisten in die Arme getrieben würden. Die reaktionäre Reichspolitik würde auch in Sachsen eine wirkliche sozialistische Politik unmöglich machen. Die Masse aber werde dies Versagen der Unfähigkeit der sozialistischen Regierung anzusehen. Darum dürfe sich die U. S. P. nie und nimmer an einer solchen Regierung beteiligen. Aus dem bestehenden Dilemma könne nur die Diktatur des Proletariats herausführen. Diese müsse die U. S. P. vorbereiten.

Genosse Klaman meint, nach der von der Partei bisher besorgten Taktik brauche man sich über den Indifferenzismus der Massen nicht zu wundern. Die Masse der Arbeiter habe die Unfähigkeit des Parlamentarismus erkannt. Die Partei müsse ihr Augenmerk darauf richten, die gesamte Regierungsarbeit in die Hände zu bekommen. Viel wichtiger als die Frage der Beteiligung an der Regierung sei die Frage, wie sich die U. S. P. zur zweiten und dritten Internationalen stelle. Ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten bedeute die Aufgabe der Revolution. Deshalb dürfe man sich auf ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten nicht einlassen. Man müsse den Arbeitern sagen, daß nicht der Parlamentarismus, sondern nur die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus führe.

Genosse Schramm wünscht, daß alle Parteimitglieder der Kritik den Rücken kehren, um dadurch gegen die von den Rechtssozialisten betriebene Kulturpolitik zu protestieren.

Genosse Friedrich Geyer führt aus, die Landeskonferenz sei sehr notwendig, um besonders zu den großen politischen Fragen im Reich und in der Welt Stellung zu nehmen. Die Beteiligung an der Regierung in Dresden dürfe nicht der Hauptgegenstand der Beratung sein. Der Redner verwies auf den Rücktritt des Reichsministers Wiesel, der unter dem Druck des Bürgerrechts erfolgen müsse, obwohl Wiesel die Blauarbeiterklasse das kapitalistische System stützen solle. Wiesel's Rücktrittserklärung stellt eine schwere Anklage gegen die Rechtssozialisten dar. Geyer erwidert dann das frühere Zusammenarbeiten mit den Regierungssozialisten in der Regierung. Damals seien die Rechtssozialisten trotz gewesen, daß ihnen die Parität in der Regierung angeboten worden sei. Heute sei die Situation ganz anders. Die U. S. P. sei viel stärker und trotzdem wolle man jetzt die Parität verweigern. Die früheren Erfahrungen lehren aber, daß mit den Rechtssozialisten die Sozialisierung nicht durchzuführen sei. Seinerzeit seien die Unabhängigen wegen der Gewaltpolitik der Unabhängigen aus der Regierung ausgeschieden. Diese Gewaltpolitik sei aber inzwischen immer schlimmer geworden. Der Belagerungsstand sei der Mittelpunkt der Gewaltpolitik. Wenn die Rechtssozialisten mit uns über den Eintritt in die Regierung verhandeln wollten, hätten sie zuvor von dieser Gewaltpolitik abgesehen und den Belagerungsstand aufheben müssen. Es sei ein Zeichen unserer Schwäche, daß wir die Forderung um Aufhebung erst stellen mußten. (Beifallige Zustimmung.) Die Lage im Reich sei so, daß man nicht gestatten dürfe, in Sachsen das Erfurter Programm durchzuführen. Man werde dies schließlich mit Gewalt verhindern. Darüber solle man sich nicht täuschen. Die Partei werde sich demnach mit einer Veränderung der Taktik der U. S. P. befassen müssen. Sie dürfe nicht angeben, daß das Räteystem an die Wand gequert werde. (Beifälliger Beifall.)

Genossin Geyer meint, in der Volkstammerfraktion sei die Mehrheit der Auffassung, daß die Arbeiterklasse zu illegitimat geworden sei, um den Kampf um den Sozialismus aufzunehmen. Diese Auffassung sei aber falsch. Es vollziehe sich in der Arbeiterklasse eine große Umwandlung. Die Arbeiter seien sich klar, daß der Sozialismus nur durch die Diktatur des Proletariats und das Räteystem zu verwirklichen sei. Man solle diese klare Erkenntnis in den Köpfen der Arbeiter nicht verwirren. Deshalb hätte die Fraktion überhaupt nicht auf das Ansehen der Rechtssozialisten einsehen dürfen. Am Parlament dürfe die U. S. P. nur eine kritische Tätigkeit entfalten.

Der Parlamentarismus stelle heute für den Sozialismus nur ein Fernziel dar. Die Partei solle deshalb den Eintritt in die Regierung und ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten verweigern. Auch das Vertrauensvotum für die Fraktion solle man ablehnen. (Beifall.)

Genosse Schayer teilt die Auffassung, daß mit dem Parlamentarismus die Arbeiterklasse ihre Ziele nicht verwirklichen kann. Er vertritt aber Beschlüsse darüber, was bis zur Einführung des Räteystems im Interesse der Arbeiter getan werden solle. Die notwendige Aufklärung sei erst im entferntesten in den Massen vorhanden. Auch der Zutrom der Mitglieder zur U. S. P. sei nicht so stark wie man erwarte. An den Wahlen zum Gewerkschaftskongress, bei denen es gegolten habe, gegen die Politik der Generalkommission zu votieren, hätten sich nicht 10 Prozent der Arbeiter beteiligt. Nehme die U. S. P. die Beteiligung an der Regierung ab, könne sich diese nicht halten. Die rechtssozialistische Fraktion habe sich deshalb fast einstimmig für das Zusammengehen mit der U. S. P. erklärt. Allerdings müßten die kompromittierten Führer, besonders Bradauer und Dirlich, verschwinden. Es könnte auf diese Weise vorbereitende Arbeit für die Einführung des Proletariats geleistet werden. Nach erfolgten Neuwahlen würde sich die U. S. P. wahrscheinlich in einer ähnlichen Lage befinden, in der die Rechtssozialisten fast seien. Es könnte im Parlament wohl wertvolle Arbeit geleistet werden. Durch die der Politik der Reichsregierung entgegengesetzten Beschlüsse könne man die Augen der Arbeiter auf die schädliche Reichspolitik hinlenken. Bei dem in Arbeiterkreisen vorhandenen Individualismus könne man nicht mit der Einführung des Räteystems in kurzer Zeit rechnen. Hier müsse erst noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit geleistet werden. Deshalb müsse man versuchen, mit dem Parlamentarismus, solange er bestehe, möglichst viel für die Arbeiterklasse herauszuholen.

Genosse Liebmann hebt hervor, daß auch durch die rechtssozialistische Fraktion eine starke Strömung nach links gehe. Dürfe die unabhängige Fraktion jede Verhandlung von vornherein ablehnen, würde bei der Masse im Lande der Eindruck erweckt werden, die U. S. P. habe die Sozialisierung in Sachsen verhindert und eine bürgerliche, arbeitserfreundliche Regierung schaffen wollen. Würde die Fraktion ihre Forderungen — Aufhebung des Belagerungsstandes, Entlassung der Beschäftigten, Erlass einer Amnestie — durchsetzen, so bedeute das für die Arbeiterklasse doch eine wesentliche Erleichterung. Die jetzt gestellten Bedingungen seien noch härter als die im März gestellten. Damals habe aber niemand an den Bedingungen Anstoß genommen. Die Bedingungen seien gestellt auf Grund des Programms der U. S. P. Wenn sie Geyer nicht genügen, dann bedeute das, daß Geyer mit dem Programm nicht einverstanden sei. Ueber das Räteystem bestעה überhaupt noch nicht die notwendige Klarheit in der Arbeiterklasse. Es müsse aber einmal mit seiner Einführung der Anfang gemacht werden. Von der kritischen Tätigkeit der Genossin Geyer im Parlament habe man bisher wenig gemerkt. Nachdem der Parteitag den Grundsatz aufgestellt habe, daß der Parlamentarismus benutzt werden müsse, müsse im Parlament auch praktisch im Interesse der Arbeiterklasse gearbeitet werden. Wo solle man hinkommen, wenn man z. B. im Leipziger Stadtverordnetenkollegium nur Kritik üben wolle? Die Fraktion würde sich dann lächerlich machen und jeden Kredit bei den Wählern verlieren. Die Stimmung in den Massen sei nicht so, daß man mit einer Einführung des Räteystems in Kürze rechnen könne. Nach der Revolution sei das Räteystem vorhanden gewesen, aber der Rätekongress habe das Räteystem selbst abgewirkt. Die Entwicklung gehe eben langamer als man es wünsche. Wer sich über das Räteystem klar sei, könne nicht glauben, daß es in einigen Wochen durchgeführt werden könne. Deshalb müsse die Partei sich dem Parlamentarismus noch bedienen. Da die Entwicklung noch nicht so weit gediehen sei, daß die Rechtssozialisten das Räteystem anerkennen müßten, werde man auch mit ihnen zu keiner Verhandlung kommen. Das Programm verleihe unter der Diktatur die Herrschaft des Proletariats als des größten Teils der Bevölkerung. Demnach müsse auch der größte Teil der Bevölkerung zu sich nehmen. Das sei aber noch nicht der Fall. Die wachsenden Schwierigkeiten würden die Regierung schließlich zur Auflösung der Kammer zwingen. Das sei im Interesse der Aufklärung zu begreifen. Jetzt komme es darauf an, den Rechtssozialisten unser sozialistisches Programm vorzuhalten, so daß sie dazu Stellung nehmen müßten. Dadurch sei ihnen die Maaße vom Gesicht gerissen worden; sie seien als Gegner der Arbeiterklasse entlarvt. (Beifall.)

Genosse Haffel betont, daß die Verhältnisse in Sachsen nicht überall so günstig seien wie in Leipzig. Das Räteystem bleibe eine Phrase, wenn wir nicht die Massen organisierter Arbeiter hinter uns hätten. Man solle den Einfluß der Rechtssozialisten im Lande nicht unterschätzen. Auch bleibe ein großer Teil der Arbeiter, der von den Rechtssozialisten abfalle, indifferent. Wollte man diese gewinnen, dürfe man den Rechtssozialisten nicht billiges Agitationsmaterial gegen uns liefern. Das Anwerben der Rechtssozialisten sei ein Zeichen ihrer Ohnmacht. Die gestellten Bedingungen hätten die Rechtssozialisten nicht anerkennen. Festzustellen sei, daß auch nicht einer der Diskussionsreferenten gegen die gestellten Bedingungen etwas einzuwenden gehabt habe. Darauf aber, komme es an. Es handle sich um eine notwendige taktische Maßnahme. Wer in Versammlungen im Lande tätig sei, wisse wie dringend notwendig die Aufklärung noch sei. Davon wisse die Genossin Geyer, die ja auch im Parlament weder kritisch noch praktisch tätig sei, allerdings nicht. Der Redner legt dann noch an der Hand einiger Beispiele dar, daß die Fraktion in der Volkstammer nützliche Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse geleistet habe. Wenn man auf das Reich warten wolle, müsse man in Sachsen jede Tätigkeit einstellen. Die Fraktion habe aber das Bestreben, durch ihre Tätigkeit einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. Sie glaube ihre Pflicht getan zu haben.

Inzwischen ist folgende Resolution eingegangen:

Die am 15. Juli im Zoo versammelten Parteigenossen von Groß-Leipzig lehnen eine Regierungsbildung der U. S. P. in Sachsen mit den Rechtssozialisten grundsätzlich ab. Sie stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß das Proletariat die zur wirtschaftlichen Umwälzung notwendige politische Macht nur erringen kann durch die geradlinige Verfolgung des Räteystems, dessen letzte Konsequenz die Diktatur des Proletariats ist.

Nachdem die Resolution unterzeichnet worden ist, wird ein Antrag auf Vertagung der weiteren Verhandlungen angenommen.

Der Hochverratsprozeß gegen Soller

Hg. München, 14. Juli 1919.

Vors.: Ist es richtig, daß Sie sich an die Spitze der bewaffneten Arbeiter gestellt haben und Kommandant der roten Armee waren?

Angell.: Ich habe nur unter besonderen Umständen dem Stad der roten Armee bei Dacha angehört. Der Stifter der roten Armee war ich nicht, das war der Vorsitzende des Landes-Soldatenrats Paul Risse, der heute hinter der Regierung Poffmann steht. Dieser hat mir einen fertigen Plan über die rote Armee vorgelegt.

Vors.: Sie sollen auch Dinge ausgeführt haben, die Sie selbst verboten hätten, namentlich in Bezug auf Requisitionen.

Angell.: Ich habe nie etwas requiriert. Nachher hörte ich, daß zwei Flaschen, die für Zigaretten requiriert waren, vom Stad angetrunken worden waren. Ich habe sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Vors.: Ein Zeuge behauptet sogar, daß Sie Geld unterschlagen haben.

Angell.: Das ist niemals geschehen.

Vors.: Ist Ihnen bekannt, daß die Ihnen unterstellten Soldaten Lebensmittel von den Bauern erpreßt haben?

Angell.: Ich hatte das streng verboten.

Vorl.: Ein Zeuge Graf besauptet, daß Sie erklärt hätten, nur allein die Gewalt könne Mord begangen werden.

Angel.: Diese Klüftung soll ich am 30. April getan haben. Das ist ganz unverständlich, den ich habe an diesem Tage versucht, zu unterhandeln. Gerade der Zeuge Graf hat am 30. April von Revine verlangt, daß ich verhaftet werden sollte.

Vorl.: Sie werden zugeben, daß die Verhältnisse in München sich so entwickelt hätten, daß von persönlicher Freiheit keine Rede mehr war.

Angel.: Diese Zustände habe ich selbst kritisiert.

Vorl.: Die Zustände in München mußten im Auslande doch einen unglücklichen Eindruck machen und

wirken.

Angel.: Die Räterepublik als solche konnte nur den besten Eindruck machen und den Widerstand der ausländischen Sozialisten kühlen. In Wien wurde mir von allen Seiten gesagt, daß die Aktion der ausländischen Sozialisten gescheitert werde dadurch, daß in Deutschland Männer an der Spitze stehen, wie Ebert und Scheidemann, die man nicht mehr als Sozialisten erkennen könne.

Vorl.: Es besteht aber wohl die Ansicht, daß Deutschland den demütigenden und arbeiterschädigenden Frieden nicht hätte annehmen brauchen, wenn nicht die durch die Räterepublik und die Aufstände dieses Durcheinander entstanden wäre.

Angel.: Durch das Verhalten der Ludendorff- und Scheidemann haben wir den Kredit im Auslande verloren. Die Sozialisten würden das Vertrauen zu der Revolution in Deutschland gewonnen haben. Es wird dem Angeklagten dann vorgehalten, daß er eine ganze Reihe von

Rezeptionen und Erklärungen

Der Angeklagte gibt das im allgemeinen zu. In einem Aufsatz vom 28. April wendet er sich an die Arbeiter Münchens und weist darauf hin, daß sich Zustände in München entwickelt hätten, die gefährlich für die Räterepublik seien.

Angel.: Es ist ganz richtig, daß ich das unterschrieben habe. Welche Aufsätze sind von demselben Tage. Der Betriebsrat hatte allein die Macht in Händen.

Angel.: Es ist ganz richtig, daß ich das unterschrieben habe. Welche Aufsätze sind von demselben Tage. Der Betriebsrat hatte allein die Macht in Händen. Damals kamen Leute zu mir nach Dachau und verlangten, daß ich in München einträte und Ordnung schaffe.

Angel.: Ich war immer dagegen und habe auch durchgesetzt, daß der Zentralrat jedes Todesurteil besätigen müsse. Im Zentralrat hatte ich mich aber gegen jedes dergleichen Urteil gewandt.

Angel.: Herr Staatsanwalt, ich habe ungern die Führung in der Räterepublik übernommen, ebenso wie ich ungern den Vorsitz in der U. S. V. übernommen habe. Ich war stets bemüht, mich mit Reuten zu umgeben, die Sachverständige waren.

Angel.: Ich war immer dagegen und habe auch durchgesetzt, daß der Zentralrat jedes Todesurteil besätigen müsse. Im Zentralrat hatte ich mich aber gegen jedes dergleichen Urteil gewandt.

Zeugenvernehmungen

Zeuge: Die Unabhängigen waren zuerst gegen fünf Teilnehmer mit dem Komprovis einverstanden. Später machte sich eine Opposition geltend, zu der auch Toller gehörte.

Zeuge: Die Unabhängigen waren zuerst gegen fünf Teilnehmer mit dem Komprovis einverstanden. Später machte sich eine Opposition geltend, zu der auch Toller gehörte.

Zeuge: Die Unabhängigen waren zuerst gegen fünf Teilnehmer mit dem Komprovis einverstanden. Später machte sich eine Opposition geltend, zu der auch Toller gehörte.

Zeuge Geheimrat Professor Zauerbruch: Es waren noch Proklamationen der Räterepublik täglich drei bis viermal verlesen worden, die im Spital Erpressungen verurteilten.

Sergeant Huppel aus Dachau berichtet, daß von der roten Garde 200 Flaschen Wein requiriert wurden, die unter die Soldaten verteilt und ausgetrunken wurden.

Zeuge Redakteur Jursick ist der Meinung, daß Toller von Anfang an für die Räterepublik eingetreten war. Als das Komprovis geschlossen wurde, habe Toller die Hände hochgehoben und Mache gesucht.

Der Angeklagte bekennt das. Zeuge bleibt aber mit Bestimmtheit bei seiner Aussage. Im übrigen habe Toller sich immer gegen den Terror ausgesprochen.

Aus dem Protokoll wird auf Antrag der Verteidigung festgestellt, daß Toller in seinen Reden sich wiederholt gegen die Methode des Hinrichtens gewandt und diese als von militaristischem Geiste befeuert bezeichnet hat.

Zeuge Eisenstein (Redakteur der Münchner Post): Bei der Betriebsratsung habe eine Widerheit großen Terror aus, gegen den nicht auszukommen war. Es waren im Betriebsrat recht fragwürdige Gestalten, denen wohl zuzutrauen war, daß sie jeden, der sich gegen die Räterepublik ausgesprochen hätte, niederzuschlagen.

Zeuge Redakteur Schmidt meint, daß bis zum Auftreten von Reutem und Reuten Toller sich sehr terroristisch gebärdet habe. Nachdem die Kommunisten die Herrschaft erlangt, habe er gebremst.

Die Verhandlung wurde dann auf Dienstag verlagert.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Brandis. Stadtmagistrat. Unter Eingängen lag ein Besuch der Ortsgruppe Brandis der Kriegsgeschädigten vor, die Stadt soll sich am Empfang der Kriegsgeschädigten beteiligen. Man beschließt, für jede Mäherzutreten, wenn die Gefangenen meist zurückgeführt sind.

Brandis. Stadtmagistrat. Unter Eingängen lag ein Besuch der Ortsgruppe Brandis der Kriegsgeschädigten vor, die Stadt soll sich am Empfang der Kriegsgeschädigten beteiligen.

1. April Maßnahmen zum Schutze der Mieter verlangt hat, ist jetzt von der Amtshauptmannschaft den Hausbesitzern gestattet worden, Klüftungen und Mietzinssteigerungen vorzunehmen.

Dehsh bei Rösschen. Einwohnerwehr. Wie man Spitzbuben am besten nicht fängt, zeigte uns die hiesige Einwohnerwehr. In der Nacht zum Sonntag bemerkte eine zwei Mann starke bewaffnete Patrouille derselben in der Gastwirtschaft der Frau Piller in Treben ein verdächtiges Geräusch, das auf Einbruch schließen ließ.

Dehsh bei Rösschen. Gemeinderatsitzung vom 10. Juli. Von besonderem Interesse waren die letzten zwei Punkte: Uebernahme von Kosten für eine Einwohnerwehr und Ortsgehele über die Gemeindegrenzen.

Brandis. Stadtmagistrat. Unter Eingängen lag ein Besuch der Ortsgruppe Brandis der Kriegsgeschädigten vor, die Stadt soll sich am Empfang der Kriegsgeschädigten beteiligen.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. 1. Ont. pulm. - Lungenkatarrh. 50 Pfg. Parteikasse. R. S. 100. 1. Ein fester Satz kommt nicht in Frage. Es muß Ihnen so viel gelassen werden, als zur Verpflegung Ihres eigenen notdürftigen Unterhalts und der Verpflegung Ihrer Angehörigen ist.

Das jüngste Gericht der Könige.

(Schluß.)

Der römische Sankulotte: Nein, nein, nein! Wir wollen keine Pfaffen mehr. Der Gott der Sankulotten ist die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit. Diese Götter hast du nie gekannt und wirst du nie kennen. Geh lieber hin und beschwöre den Vulkan; bald wird er dich bestrafen und uns rächen.

Ein französischer Sankulotte (hat alle Könige im Halbkreis aufgestellt und entläßt sie mit folgenden Worten):

Gelächte Ungehener! Ihr Alle hättet eigentlich auf dem Schafott taufend Tode sterben sollen; aber wo hätten sich Heuler gefunden, die bereit wären, die Hände mit eurem elenden und verdorbenen Blute zu besudeln. Wir überlassen euch euren Gewissensbissen oder vielmehr eurer ohnmächtigen Wut.

Das also sind die Urheber aller unsrer Leiden! Ihr künftigen Geschlechter, werdet ihr es glauben können? Das sind sie, in deren Händen die Geschichte Europas schwankte. Im Dienste dieser Hand voll selber Räuber, zum Vergnügen dieser gelächelten Verbrecher wurde fast in allen Gegenden des Kontinents und jenseits der Meere das Blut einer Million, nein von zwei Millionen Menschen vergossen, deren geringster mehr wert war als sie alle. Im Namen und auf Befehl dieser anderthalb Duzend wilder Tiere sind ganze Provinzen verwüstet, sind volkreiche Städte in Leichen- und Knochenhaufen verwandelt, sind unzählige Familien entehrt, ausgeplündert und dem Hunger überliefert worden. Dieser schändliche Haufe von politischen Meuchelmördern hat große Nationen in Schach gehalten und hat die Völker, die als Freunde und Brüder geboren sind, auf einander gehetzt. Die Völkermörder waren sie zu Kriegszeiten und Verberber des Friedens zu Friedenszeiten. Aus dem Schoße der Hölle dieser unreligiösen Geschöpfe verbreitete sich der Pesthauch aller Lasten über Stadt und Land. Hat es jemals eine Nation gegeben, die einen König besaß und nicht sittenlos war?

Der Papst: Rom war sittenlos! . . . Die Kardinäle sind sittenlos!

Der französische Sankulotte: Und diese Verwölbe fanden Verbrecher und Helfershelfer. Diese Pfaffen gaben ihrem Gotte nur die Ueberbleibsel des Weitrauchs, den sie zu den Füßen ihrer Fürsten verbrannten; und Sklaven, mit goldgeschichteten Büxchen beladen, spreizten sich und küßten sich wach, wenn sie sagen konnten: Der König, mein Gebieter. . . Mehr als hundert Millionen Menschen haben diesen gemeinen Tyrannen gehorcht und gesiehet, so oft sie ihre Namen mit heiliger Ehrfurcht ansprachen. Um diesen Menschenfresser Freunden zu bereiten, hat das Volk vom Morgen bis zum Abend, vom Anfang bis zum Schluß des Tages gearbeitet, geschweigt, geschwiegt. Ihr kommenden Geschlechter, werdet ihr euren braven Vorfahren diese maßlose Selbsterniedrigung, Dummheit und Selbstverleugnung je vergeihen können? Seele dich, Natur, das Werk der Sankulotten zu vollenden: diese keinen feurigen Atem über diesen Lutscher der menschlichen Gesellschaft und laß die Könige für immer in das Nichts zurückfallen, aus dem sie niemals hätten hervortreten sollen.

Dorthin laß dich gehen von uns zurückziehen, der künftige das Wort König ausspricht, ohne es mit den Bewohnern zu beiseiten, welche die mit diesem elenden Wort verknüpfte Vorstellung jedem vernünftigen Geiste notwendig nähelast.

Ist ihr meinen Teil verpflichtet, auf der Stelle leben aus dem Range der freien Menschen auszuweisen, der in meiner Gegenwart die Luft mit einem Knudend zu besudeln wagt, durch den ein gültiges Vorurteil für irgendwelchen König oder ein anderes derartigen Scheusal erweckt werden soll. Kameraden, laßt uns alle dies geloben, und dann wieder an Bord!

Die Sankulotten (im Abgehen): Wir schwören es! . . . Es lebe die Freiheit! Es lebe die Republik!

8. Szene.

(Die Könige von Europa.)

Franz II.: Wie man uns behandelt, großer Gott! Mit welcher Nichtswürdigkeit! Und was soll aus uns werden?

Wilhelm: O mein teurer Caspilotus, warum bist du nicht hier! Du würdest uns schon aus der Klemme helfen.

Georg: Das bezweifle ich; was meinst du dazu, heiliger Vater? Du hältst ihn ja schon lange genug in der Engelsburg gefangen.

Der Papst: Er könnte hierbei gar nichts ausrichten. Ein bißchen was Uebernatürliches läßt uns not.

Der König von Spanien: O, heiliger Vater, ein kleines Wunder!

Der Papst: Die Zeiten sind vorbei. Wo ist die gute alte Zeit, da die Heiligen auf einem Knüttel durch die Luft ritten!

Der König von Spanien: O mein Vater, o Ludwig XVI. Du hast immer noch das beste Los erwünscht. Eine böse Viertelstunde ist schnell vorbei; jetzt hast du nichts mehr nötig. Wir sind hier von allem entblüht; wir schweben zwischen dem Hunger und der Hölle. Ihr, Franz und Wilhelm, habt uns das alles auf den Hals gezogen. Ich habe mir immer gedacht, diese französische Revolution würde uns früher oder später noch einen bösen Streich spielen. Es war höchst überflüssig, uns dahinein zu verwickeln, höchst überflüssig!

Wilhelm: Es steht dir gut, du spanische Majestät, uns die Schuld zu geben. War es denn nicht deine gewohnte Pummelerei, die uns ins Verderben gestürzt hat? Wenn du uns sofort unterstützt hättest, war es um Frankreich geschehen.

Katharina: Ich für meinen Teil gehe in die Hitze und lege mich schlafen. Statt zu streiten, solltet ihr mir folgen, wenn ihr mich lieb habt. . . Stanislaus, willst du mir nicht Gesellschaft leisten?

Der König von Polen: Versieh dich mal in dieser Duell- alle Katharine!

Katharina: Du warst nicht immer so stolz.

Der Kaiser: Die verfluchten Franzosen!

Der König von Spanien: Diese Sankulotten, die wir erst so verachteten, haben ihr Ziel nun doch erreicht. Warum habe ich sie nicht hübsch verbrennen lassen, anderen zum warnenden Exempel?

Der Papst: Warum habt ihr sie anno 80 nicht exkommuniziert? Wir haben sie viel zu sehr geschont, viel zu sehr!

Der König von Neapel: All diese Betrachtungen sind sehr schön, aber sie kommen etwas zu spät. Wir sind auf der Gaule, nun heißt es rudern. Vor allem müssen wir essen. Also beschickigen wir uns zunächst mit Fleisch, Jagd oder Meerbau.

Der Kaiser: Ein schönes Bild, ein Kaiser aus dem Hause Oesterreich, der in der Erde scharrt, um Leben zu können.

Der König von Spanien: Wäre es dir lieber, zu toten, wer von uns den anderen als Nahrung dienen soll?

Der Papst: Daß man nicht einmal so viel hat, um das Wunder mit den fünf Broten machen zu können! Aber freilich, wir haben ja Lehrer unter uns.

Katharina: Diese Redensart geht offenbar auf mich. . . Dafür fordere ich Genugtuung, Achtung, heiliger Vater!

(Die Kaiserin und der Papst vortreten sich, sie mit dem Szepter und er mit dem Kreuz; ein Szepterhieb erschmettert das Kreuz, der Papst wirft Katharina seine Toga an den Kopf, so daß ihre Brüste herunterfällt. Sie haugen sich mit ihren Ketten. Der König

von Polen will Frieden stiften und nimmt Katharina das Szepter weg.)

Der König von Polen: Genug, Nachbarin! Sagte, lachte!

Die Kaiserin: Du bist gerade der Rechte, du Menne, mir mein Szepter wegzunehmen. Du willst dich wohl für dein eigenes Schicksal halten, das du dir in drei vier Stüde hast hauen lassen?

Der Papst: Katharina, ich bitte um Gnade! Vergib mir! Wenn du mich in Ruhe läßt, spreche ich dich von allen deinen Sünden los.

Die Kaiserin: Postprophet! Du Schurke von einem Pfaffen! Ich lasse dich nicht eher in Ruhe, bis du zugibst und mir nachsprichst, daß Pfaffen und Päpste nur Marktschreier und Taschenspieler sind. . . Marsch, wiederhol!

Der Papst: Pfaffen. . . und Päpste. . . sind Marktschreier. . . und Taschenspieler.

Der König von Spanien (in einem Winkel der Bühne für sich): Welche Entdeckung! Ich habe noch einen Rest von meiner Exotration, die ich im Kleinkram kriegte. Welcher Schatz! Me Ruinen und Pflaster der Welt wlegen ein Stück Schwarzbrot nicht auf, wenn man am Verhungern ist.

Der König von Polen: Was treibst du da abseits, Vetter? Ich glaube gar, du bist; ich will auch etwas!

Die Kaiserin und die andern Könige (stürzen sich auf den spanischen, um ihm sein Stück Brot zu entreiben): Ich auch, ich auch, ich auch!

Der König von Neapel: Was würden die Sankulotten sagen, wenn sie diese Balgerei aller europäischen Könige um ein Stück Schwarzbrot lähen!

(Die Könige prügel sich; die Erde ist mit Kettenklammern, Säwtern und Kronen bedeckt; die Mäntel sind zerlegt.)

7. Szene.

(Die Borigen und die Sankulotten.)

(Die Sankulotten, die sich aus der Ferne an der Verlegenheit der dem Dünner überlieferen Monarchen ergötzen wollten, Lehren auf die Insel zurück und sollen ein Paar Schiffsgewehre in die Mitte der ausgehungerten Könige.)

Ein der Sankulotten (schlägt dem Fuß den Boden ein, schüttelt den Zwielpack aus): Da habi ihr Futter, ihr Schurken. Frecht! Das Sprichwort „Beber Mensch muß leben“ ist nicht auf euch gemünzt, denn Könige brauchen nicht zu leben. Aber die Sankulotten sind ebenso mitteleidig wie gerecht. Ernährt euch also mit diesem Schiffsgewehre, bis ihr euch in diesem Lande akklimatisiert habt.

8. Szene.

(Die Könige stürzen sich auf den Zwielpack.)

Die Kaiserin: Einen Augenblick! Wir, der Kaiserin und Katharina der größten Gebieter, gehet der größte Teil.

Der König von Polen: Katharina hat den Mund immer möglichst voll genommen, aber hier sind wir nicht in Petersburg. Neben das Bein!

Der König von Neapel: Ja ja, jedem das Seine! Dieses Bißstück soll nicht der sogenannten Republik Polen gleichen.

Der König von Preußen (haut der Kaiserin mit dem Szepter auf die Finne):

Die Kaiserin: Ruhe, du Schlieffen-Räuber!

Der Papst: Meine Herren, meine Herren! Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Die Kaiserin: Wenn du dem Kaiser gädest, was dem Kaiser gehört, kleiner Bischof von Rom. . .

Der Kaiser: Friede, Friede! Es ist genug für alle da.

Der König von Preußen: Ja, aber es wird nicht lange reichen.

Der König von Neapel: Du, der Vulkan will uns, Scheint's, alle einig machen. Ein brennender Lavastrom ergießt sich aus dem Krater und rützt gegen uns vor. Gott im Himmel!

Der König von Spanien: Heilige Mutter Gottes! Hilf mir. . . Wenn ich davonkomme, werde ich auch Sankulotte.

Der Papst: Und ich nehme eine Frau.

Katharina: Und ich gehe zu den Jakobinern oder zu den Franziskanern.

(Der Ausbruch des Vulkans beginnt; er schleudert Steine, glühende Kohlen usw. auf die Bühne. . .)

Während des heftigsten Ausbruchs bedrängt das Feuer die Könige von allen Seiten; sie stürzen zerstreut in die geöffneten Eingeweide der Erde.)

Die Rose.

Von Konrad Soela.

Schnell, ehe die Zeit vergeht, etwas für die Verlebten. Die warmen Nächte, die Blütenwunden, deren Luchent und Luchersafte uns kalt küßt, der süße Schall der Nachtigallen, das sanfte Geräusch der Wald- und Weidenkräuter, ach, alles dies ist bald vorbei.

Rosenzeit, wie bald vorbei, bald vorbei.
Bist du doch gegangen.
Märike.

Die Zeit der wilden Rosen nämlich, die Gartenrosen blühen bekanntlich bis der Nachtfrost ihnen ein Ende macht. Seit alten Zeiten gehet die Rose zur Liebe, es ist also verdienstlich, wenn die Gärtner, gleich wie die zarten Poeten, zu jeder Jahreszeit Rosen im Vorrat haben. Duft, Form und Farbe, lauter Schönheit; oder die Schönheit will mehrere Momente, um genossen zu werden. Auch die Verliebten sind nicht immer in Stimmung, manchmal braucht man etwas Randesfest, ein Butterbrod, und man will nicht bloß die Nase in den Kelch der „Blumenkönigin“ stecken, sondern man möchte Genauerer von ihr wissen.

Die Literatur über sie ist umfangreich, über viele 1000 Seiten stark. Wohl oder übel muß man zum Hausgebrauch das Gold der Wissenschaft in Feuilletonschmelzform umschmelzen.

Also: Die Heimat der Rosen ist die ganze nördliche gemäßigste Zone. Bei uns in Deutschland gibt es nicht mehr als zwei Duzend wilde Arten, die kurz entschlossen unter dem schändlichen Namen Hundrose zusammengeschafft werden. Die wenigsten Menschen kennen die Schönheit eines freigewachsenen wilden Rosenstrauchs an einem Weidenrande, über die man in Begeisterung geraten kann, viele kennen aber den gewöhnlichen Geruch, der den grünen Blättern der Weinstocke, besonders bei feuchtem Wetter, entströmt, und allen sind die Rosenfrüchte, die Dogebutten bekannt, die eine hervorragende Marmelade, und deren Kerne einen lieblichen Tee liefern, und die als Männlein im Walde, Hü und stumm, auf einem Fein, den Mädchen und kleinen Mädchen eine verschmigte Freude bereiten. Jedes Kind ist mit diesem Rätselfchen vertraut, aber ein andres vermögen nur wenige zu lösen. Was ist das?

Fünf Brüder sind wir hier im Bunde, geboren alle zur selben Stunde, zwei sind behart, zwei sind bartlos, der fünfte hat einen halben Bart bloß.

Ein mittelalterlicher Mönch, der sich den Blick für die Natur bewahrt hatte, ging im Klostergärtchen spazierend und entdeckte diese

* Die Franziskaner heißen in Frankreich Cordeliers; da nun diesen Namen auch eine der revolutionären Faktionen annahm, deren Mitglieder im Kloster der Cordeliers logten, liegt hier wieder ein unübersehbare Wortspiel vor.

Mittel auf lateinisch; man sehe sich den grünen Kelch einer wilden oder zahmen Rose an, dann wird man aha! sagen und sich über seine schlechte Beobachtungsgabe und über die gute des Mönches wundern.

Die Mönche, sicherlich waren es die, die Karpaten absteigten, Rhein bant und ähnliche gottgefällige Werke trieben, wußten die Blüten also schon zu schätzen; besser gesagt, sie wußten sie wieder zu schätzen. Denn die römische Kaiserzeit der ersten Jahrhunderte unserer Zeitrechnung sah bereits eine Rosenliebhaber ohnegleichen, einen wahren Rosenwahnsinn. Man pflanzte die Rose damals nicht in Knopfloch und nicht als Strauch zu tragen, sondern als Kranz und Girlande um Köpfe, Tische, Märc und sonstige Gegenstände zu legen, Feststrahlen damit zu bestreuen, und Heliotropien, eine völlig verdrängte Pflanzheit, erlosche bei einem Festmahl eine ganze Anzahl seiner wohlgeschmeckten hilfslos betrunknen Gäste in einem Wolkentraub von Rosen und Völlen. In roseneingewickelten, von Rosengärten umgebenen Marmorhallen, selbst rosenbekränzt und von Rosenblättern glänzend, erachtete man es nicht für Raub, Nachtigallen, jungen in Rosentunde, Rosenwäldchen und Rosenfontaine zu verpflegen. Aber die weniger zahlreichlebende Völlerwanderung verschlug den ganzen Rauber, die Blüten- und ihre Bestäuber, die Rosengärten und die Köpfe mit Elingemachtem. Ein ungeheurer moralischer Kater besaß die abendländische Menschheit, das schwärzeste, erbärmlichste Christentum benötigte siebengezwanzig Wälschen, Störpore und allerhand Teufelszeug zur Rastelung des sündigen Leibes, aber Rosen? nein.

Woher hatten die Römer ihre Rosen? Offenbar von den Griechen, schon der alte Demosthenes nennt die Morgenröte rosenfingrig. Die Griechen werden sie aus den nördlichen Balkanländern, vielleicht auch aus Persien, bekommen haben. Die alttestamentlichen Israeliten, die Ägypter und Babylonier kannten sie nicht. Der ganze nördliche Orient, bis nach China und Japan hinüber, scheint die alte Pflanzheit der gefüllten Rosen zu sein, und von dort kamen sie mit den Märchen der Tausend und einen Nacht und mit verfeinerten Lebensinsten auch wieder ins Abendland, als dieses wieder vermüßig zu werden anlang. Zuerst schloßten als Kranzspange, wie sie Karl der Große anzupflanzen empfahl. Die Araber, weniger müßig und dumpf als die damalige Christenheit, bringen sie nach Sicilien und Spanien, die Kreuzfahrer aus den Küsten des Morgenlandes nach Frankreich. Ein französischer Graf verpflanzte im 12. Jahrhundert eine Rose aus dem gelobten Lande nach Provinz, nahe Paris, und diese „französische Provinzrose“ gewann in ihren verschiedenen Farben und Rassen weite Verbreitung und Dauer, so daß man sie die Rose des Mittelalters nennen könnte. Erst später, wahrscheinlich erst im 16. Jahrhundert, gestellt sich bei uns zu ihr die dastende Damascener Rosenrose, die Rosenkrone, (bekannt von Schimmel u. Co. bei Rilitz, 6000 Kilogramm Rosenblätter geben 1 Kilogramm Öl). Den sonst unbeliebten Kärnen verdanken wir den Duft und die Farbe unsrer Gärten; mit Hyazinthen, Tulpen, Kaiserkronen, Flieder und Kockkastanie kommen die Gerüche nach Wien und von da nach dem Westen. Heute ist Frankreich, wie schon der Namen der Züchtungen beweisen, das Land der Rosenkunst, aber auch bei uns redet der kleinste Gartenbesitzer sachverständig von Hochstamm und wurzelt, und die einstmals berühmten Gerüche sind fast verschwunden. Die Sorten wechseln mit der Mode, sie werden freilich auch ohne die Mode wechseln. Alle diese hochgeachteten Kulturprodukte sind hinlänglich, sie altern rasch und machen nach einem Menschenalter einer neuen Züchtung Platz. Das ist bei den Rosen nicht anders als bei den Apfelmännchen und den Kartoffeln. Man muß auch in der Pflanzenwelt durch Kreuzungen für Blutsaufrichtung sorgen, die dauernde ungeschlechtliche Fortpflanzung (durch Wurzeln, Chuteren, Stecklinge, Knollen usw.) führt zur Entartung.

So hat jede Zeit ihre eigenen Rosen, weiße, rote und gelbe; wunderliche Gärtner plagen sich entsehrlich, blaue oder gar schwarze zu erzielen, es wird aber wohl auch ohne solche gehen.

Zum Schluß ist noch ein ärgerlicher Mißbrauch zu tadeln. Man stellt sich nicht in den Dorn des Rosenstrauchs, sondern in den Stachel. Ein Dorn ist ein spitz gewordener Zweig, vergleiche den Stachelhörn; der Rosenstachel ein leicht abdrückbares Gebilde der Rinde, eine Ari Saar.

Nun ist dies alles ja hoffentlich recht lehrreich gewesen. Der Augen entscheide. Denken wir uns zwei Liebhaber mit Rosenstrüßchen, von denen der eine mit einem süßen Blick auf Ganze sagt: Diese Rosen, Prädilekt Amanda, so schön sie sind, sind nicht so schön wie Sie, aber sie haben 3 Karl 50 gekostet. Gemessen Sie darauf usw. Und der andre beghenne mit einem Sermon über die Rose als solche und über ihre Beziehungen zu Karl dem Großen und dem Kaiser von Bagdad. Wehe uns.

Kleine Chronik.

Neues Theater. Gestern abend verabschiedete sich Frau Luise Mores-Boll als Alceon. Unter der ausgezeichneten Leitung des Kapellmeisters Albert Conrad wurde es ein erfolgreicher Abschiedabend. Es liegt im Wesen der Künstlerin, welche Naturen auf die Bühne zu stellen, lebende Charaktere, die sie dann trefflich herausarbeitet. Die sie auch im Konzertsaal die portiere Lyrik pflegte. Das zum Proben volle Haus spendete schon nach den ersten Akten lebhaften Beifall, der sich am Schluß der Vorstellung zu wahren Stürmen auswuchs, was bei der Beliebtheit der Künstlerin besonders in den auf „Gemüt“ gestimmten Kreisen verständlich ist. Nur sollte dieses Publikum auch so viel Gemüt aufbringen, eine Künstlerin nicht über ein vierzehntelmal heranzurufen. Das ist dann schließlich eine etwas allzu arge Strapaze.

Ein primitiver Kesselteller. Sehr hüßlich wird der Auffag über Primitiver Kesselteller, den wir kürzlich brachten, durch die Leipziger Neuesten Nachrichten ergänzt. Hier schreibt Fritz Rad: „Gegen Sternheims Komödien aus dem bürgerlichen Lebenleben, nicht minder gegen seine, in einem niederträchtigen Deutsch geschriebenen Erzählungen habe ich mich zur Zeit, da sie entstanden, als gegen hochgeborene, tendenziöse Zerrbilder nirgendes befremdender Zustände und Menschen innerlich zur Wehr gesetzt. Die Erfahrungen der letzten Kriegsjahre, vor allem aber in den Monaten nach der Novemberrevolution, die das Leben des Einzelnen mit ganz neuen Erkenntnissen befruchtet haben, lassen mir heute sowohl das dramatische als auch das epische Werk Sternheims, das nunmehr gesammelt vorliegt, in einem wesentlich andern Licht erscheinen. Gewiß, Sternheim hat den Bürger. Nicht nur den deutschen, gelegentlich nimmt er sich auch den französischen vor. Er kann aber auch dem Arbeiter, dem Proletarier, bittere Wahrheiten sagen. Eine gallische Satire auf den Sozialismus gewisser Kreise, als er sie in seiner Komödie Tabula rasa geschrieben, läßt sich kaum denken. . . . Nur in einigen wenigen Fällen, in denen ein besonders krasser Einzelfall in ein Typische zu deuten verführt wird, wird man dem Dichter die Gefolgschaft verlagern müssen. So in der Novelle Poette, in der Oberländerkulte als Schwester innerer Häulnis und völliger Hemmungslosigkeit in ethischen Dingen als Wesensgabe einer rasch emporgelangten Finanzokratie darzustellen unternommen wird. . . . Solange Sternheim nur die Bürger aufs Korn nahm, taugte er also nichts. Aber da er auch gegen die Proletarier losgeht, ist er ein echter Kerk. Und diese lammervolle Kesselteller entrüßelt sich mit Vorliebe über unsern angeblichen Klassenstandpunkt.“

Ein Volkstanzhaus in Jena ist geplant. Kunstverein, Carl-Zeth-Stiftung und Gemeinde werden es im Zusammenhang mit dem Volkshochschule errichten.

Ämliche Bekanntmachungen.

Beislagnahme von Wohnungen.

(Wiederho.)

Mit der Bekanntmachung vom 14. März 1919 hat der Rat alle gefälligen sowie alle freistehenden Wohnungen mit Ausnahme der möblierten Zimmer mit Beislag belegt mit der Maßgabe, daß er berechtigt ist, in jedem einzelnen Falle die sofortige Wiederherstellung der Wohnung zwecks weiterer Vermietung gegen ein vom Mietlingsamt festzusetzendes Entgelt zu verlangen. Dazu wird folgendes bestimmt:

Die Beislagnahme der gefälligen Wohnungen betrifft alle Wohnungen vom Augenblick der Kündigung an für den Zeitraum bis zur vorläufigen Kündigung. Dabei ist es gleichgültig, ob im Augenblick der Kündigung schon ein neuer Mietvertrag geschlossen ist.

Alle Kündigungen von Wohnungen sind vom Hausbesitzer oder Vermieter oder ihrem Vertreter sofort nach der Kündigung unter Angabe der Größe der Wohnung, des Mietpreises und des Zeitpunktes des Freiwerdens dem städtischen Wohnungsamt und zwar in dessen Geschäftsstelle, Rudolphstraße 2, Erdgeschoss, mündlich oder schriftlich anzugeben. In derselben Weise sind sofort alle freistehenden Wohnungen anzumelden.

Es wird unterstellt, ohne vorherige Zustimmung des Rates gekündigt oder freistehende Wohnungen zu vermieten oder überhaupt einen neuen Mieter in eine Wohnung aufzunehmen. Die Zustimmung ist in der oben genannten Geschäftsstelle, Rudolphstraße 2, zu holen.

Wohnungen, die mit Geschäftslokalen verbunden sind, fallen unter diese Bestimmungen, dagegen werden möblierte Zimmer und Schlafstellen nicht davon betroffen. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung werden auf Grund der Bestimmungen über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 28. September 1918 mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft. Wohn.-K. IV. Leipzig, den 12. Mai 1919. Der Rat der Stadt Leipzig.

100 Mark Belohnung.

In der Nacht vom 11. zum 12. Juli 1919 ist aus einer in Meißau gelegenen Feldscheune ein zweispänniger Wagen gestohlen worden.

Für die Wiedererlangung des Wagens und die Ermittlung des Diebes werden 100 Mark Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Meldungen wollen umgehend an die Gemeindeverwaltung Meißau (Telephon Nr. 60171) gerichtet werden. Meißau, den 15. Juli 1919. Der Gemeindevorstand.

Markranstädt.

Die Ausgabe II der Brotkarten, II) der Lebensmittelkarten erfolgt ab dem 17. Juli 1919, zu II) am Donnerstag, dem 17. Juli 1919, von vormittags 1/2 Uhr bis nachmittags 1/2 Uhr in den Verkaufsstellen:

- 1. Bezirk: Turnhalle des Allgem. Turnvereins, Eingang vom alten Park,
2. Bezirk: Turnhalle des Turnvereins gegr. 1861, Parkstr.,
3. Bezirk: Volkshaus.
Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der örtlichen Fleischhausweiskarten und nur an diesem Tage. Markranstädt, am 15. Juli 1919. Der Stadtrat.

Markranstädt.

Sonabend, den 19. Juli 1919, erfolgt in den Verkaufsstellen von Thomas, Weigert, Wöber, Michel, Berger und Feldmann gegen Abschluß 58 der örtlichen Lebensmittelkarte der Verkauf von Gerlingen mit etwa 1/2 Pfund auf die Person für 1 Mark. Die Markenabschlüsse sind ferner den Händler bis zum 17. Juli 1919 hier einzulösen. Markranstädt, am 14. Juli 1919. Der Stadtrat.

Große Leipziger Straßenbahn.

Die 15-Jahres-Anwartschaften behalten nur bis einschließlich 15. September Gültigkeit. Später kann ein Umtausch in andere Anwartschaften nicht erfolgen. Leipzig, am 15. Juli 1919. Die Direktion.

Sparkasse Lindenthal.

Geschäftsstelle: Gemeindevorstand, Hauptstraße 17. Zweiggeschäftsstelle: Quadrig, Gemeindevorstand. Geschäftszeit: Werttag durchgehend von 8-1/2 Uhr, nachmittags geschlossen. Kostenfreie Uebertragung angelegter Gelder von auswärts. Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 % Kontokorrenten. Fernsprecher 50 058. Postfach-Konto Nr. 11 104 in Leipzig. Girokonto bei den Girokassen Leipzig, Neumarkt 85, u. Lindenthal.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8-1/2 Uhr.

Darlehen

gegen Bürgschaft und ratenweise Rückzahlung an hiesige Handel- und Gewerbetreibende gewährt zu billigen Zinssätzen. Leipziger Bankverein eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht Burgstrasse 26.

Versteigerung.

Morgen Donnerstag, vorm. 10 Uhr, versteigere ich im freien Auftrag des Eigentümers in Leipzig-Volkmarisdorf, Zöllhoferstraße 38 folgende Nachlassgegenstände: 1 Kleiderschrank, 1 Sofa, 1 Wäschschrank, 1 Kommode, 2 Nähtische, verschied. Spiegel, 1 Küchenschrank, 1 Kleiderschrank, 2 Bänke, 1 Waschtisch, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Uhr, verschied. Haushaltsgegenstände, ferner 1 Aquarium, Geweibe 500 m Drahtseil, 15 mm stark, und anderes mehr. Besichtigung 1 Stunde vorher. Hermann Tietz Auktionator und Tagator, Schulstr. 8. - Fernruf 18157.

Bekanntmachung.

Nachstehend wird die Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums, Landeslebensmittelamt, vom 10. Juli 1919, über die Neuregelung der Höchstpreise für Frühgemüse zur Kenntnis gebracht.

Gleichzeitig wird die Ratsbekanntmachung vom 24. Juni 1919 hiermit aufgehoben. Leipzig, am 14. Juli 1919. Ern.-A. III.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Höchstpreise für Frühgemüse.

Mit Wirkung vom 16. Juli 1919 ab werden im Auftrag der Reichsstelle für Gemüse und Obst folgende Höchstpreise festgesetzt:

Table with 4 columns: Item, Erzeuger-Höchstpreis, Großhandels-Höchstpreis, Kleinhandels-Höchstpreis. Items include Erbsen, Bohnen, Mören, Karotten, Frühweizentrost, Frühweizen, Frühweizen, Frühweizen, Frühweizen, Frühweizen.

Die in Klammern gesetzten Preise gelten für die Kommunalverbände Dresden-Stadt und -Land, Leipzig-Stadt, Chemnitz-Stadt und Plauen-Stadt.

Die Erzeugerhöchstpreise unter I gelten gleichzeitig als Verkaufspreise für die auf Grund von Lieferungsverträgen gelieferten Waren. Sie treten an die Stelle der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzten und veröffentlichten Höchstpreise und sind ebenso wie die Groß- und Kleinhandels-Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. Juni 1914 (RGBl. S. 339) mit den dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

Der Fahrverbot von Waren mit Kraut ist verboten. Soweit Mören mit Kraut von der Erzeugerseite auf kurze Entfernungen mit Fuhrwerk oder auf andere Weise an die Absatzstelle, insbesondere auf öffentliche Märkte, befördert werden, ist diese Beförderung bis auf weiteres zugelassen.

Die Preise unter I gelten auch für solche inländische Waren, die von außerhalb in das Gebiet des Freistaates Sachsen eingeführt werden.

Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 21. Juni 1919 über Höchstpreise für Frühgemüse (Nr. 189 der Sächs. Staatszeitung vom 23. 6. 1919) gilt mit Wirkung vom 16. Juli ab als aufgehoben. Dresden, am 10. Juli 1919. Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

1972 V. G. 2. 10.

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076. Bureau im Volkshaus. Bürozeit 9-1 und 4-6 Uhr. Sonntags von 9-2 Uhr.

Sonntag, den 30. Juli, vormittags 9 Uhr

General-Versammlung im Volkshaus

Tagesordnung: Bericht und Abrechnung über das erste Halbjahr 1919. Anträge. Verschiedenes. Die Mandate werden jedem Einzelnen zugestellt, ohne Mandat kein Zutritt. Pünktliches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Lichtspiele

Alberf-Halle

Advertisement for Alberf-Halle featuring 'Die Kinder des Kapitän Grant' and 'Stuart Webbs' with showtimes and ticket information.

Advertisement for Sanssouci featuring a 'Donnerstag-Ball' on Monday at 7 PM.

Advertisement for Naumann-Bräu featuring 'Musikaufführungen' by Hugo Dähne.

Advertisement for Möbelhaus featuring 'Schlafzimmer', 'Speisezimmer', 'Herrenzimmer', 'Küchen' and 'Klein-Möbel'.

Advertisement for Zahn Frax's Merwald featuring 'Zähne', 'Plomben von 3 Mk. an' and 'Reparatur'.

Advertisement for 'Keine Wanze mehr' featuring 'Kammerjäger Berg's Nikodal I und II'.

Advertisement for 'Salzbohnen' featuring '10 Pfd. nur 5 Mk.'.

Advertisement for 'Familien-Nachrichten' featuring 'Karl Paul Noack'.

Advertisement for 'Luise Krause' featuring 'Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden'.

Advertisement for 'Johann Georg Hofmann' featuring 'Am 15. Juli 1919, mittags 12 Uhr'.

Advertisement for 'Emilie Krause' featuring 'Nach einem arbeitsreichen Leben verchied ganz unerwartet am Sonnabend, den 12. Juli'.